Preis 10 Pfennig.

Morgen-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit" ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zusendung unter Streifband 4 M.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltene Reklamezeile 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Sonnabend, den 28. Dezember 1918 — Nummer 77

Die Regierungskrise.

Die Krise hat am Freitag keine weitere Entwicklung erfahren. Der Zentralrat war zwar auf Veranlassung der Mitglieder der U. S. P. D. in der Regierung für heute zu einer Sitzung eingeladen. Da aber ein Teil der Mitglieder noch nicht nach Berlin zurückgekehrt war, wurde die Sitzung auf Sonnabend verschoben.

In der gestrigen Kabinettssitzung wurden unter Beteiligung der Vertreter der Reichsämter wichtige außenpolitische Fragen besprochen. Ebert und Scheidemann waren nicht erschienen, Landsberg war nur zeitweise zugegen.

Die Mitglieder der U. S. P. warten den Zusammentritt des Zentralrats ab, der als oberste Kontrollinstanz zu Worte kommen muß, bevor weitere Beschlüsse gefaßt werden können.

Der „Vorwärts" versucht natürlich, die klare Situation zu verwirren und durch eine Spartakushetze und Angriffe auf die Unabhängigen die Aufmerksamkeit von den entscheidenden Fragen abzulenken. Er wird aber damit kein Glück haben. Denn die 67 Toten sind eine zu heftige Anklage. Die Frage ist, ob Ebert und seine Freunde die Verantwortung für das Blutbad tragen, und die Frage haben sie selbst bejaht. Die zweite Frage ist, ob die Sozialdemokratische Partei und ob der Zentralrat ein Vorgehen, das entsetzliche Folgen gehabt hat und noch entsetzlichere hätte herbeiführen können, decken wollen oder nicht.

Die Frage ist zu ernst, um sie durch Schwindelmanöver des „Vorwärts" verschieben zu lassen. Sie kann auch nicht durch Straßendemonstrationen, die die Rechtssozialisten für Sonntag ankündigen, entschieden werden. Daß hinter den Rechtssozialisten große Arbeitermassen stehen, wird nicht bestritten. Fraglich ist bloß, ob diese Massen sich mißbrauchen lassen wollen, zu Zwecken, die sie unmöglich billigen können. Es handelt sich weder um die Besetzung der Reichskanzlei noch gar um die des „Vorwärts", noch um die Spartakuspolitik, sondern um die Verantwortung für die unüberlegte und unnötige Heranholung der Truppen, für das Ultimatum, für die Kanonade gegen die Matrosen.

Wir sind überzeugt, daß die Massen, die bisher hinter den rechtssozialistischen Führern standen, dieses Verhalten nicht billigen würden, wenn sie es erst in seiner Tragweite und seinen Folgen erkannt haben werden. Denn dieses Vorgehen läßt sich von keinem Standpunkt aus rechtfertigen, und selbst die bürgerliche Presse unterstützt den „Vorwärts" diesmal nur mit halbem Herzen. Denn die Kopflosigkeit, die die Heranholung der Truppen vor allem bezeugt, läßt sich nun einmal nicht verbergen. Nicht wir, sondern die rechtssozialistischen Führer sind es, die die schwere Regierungskrise, die in ihren Folgen leicht zu einer Krise des Sozialismus werden kann, herbeigeführt haben. Und die rechtssozialistischen Massen haben allen Grund, dafür zu sorgen, daß nicht wieder wie am 4. August, nur mit noch weitragenderen Folgen, sozialistische Politik verlassen und bürgerliche gemacht wird.

*

Zur inneren Lage erfahren wir von gut unterrichteter Seite noch das Folgende:

Ueber die Kabinettskrise laufen die wildesten Gerüchte nicht nur durch das Inland, sondern beschäftigen auch bereits das Ausland. Allgemein wird verbreitet, daß sich eine Regierung Liebknecht-Ledebour gebildet habe oder in der Bildung begriffen sei. Diese Behauptung ist der Ausfluß der nervösen Stimmung, die sich eines großen Teils des Bürgertums bemächtigt hat. In Wahrheit besteht noch die alte Regierung. Freilich ist bekannt geworden, daß an einer sehr wichtigen Sitzung, an der das Kriegsministerium, das Reichsamt des Innern, das Auswärtige Amt und die Waffenstillstandskommission sowie Delegierte der Ostfront teilnahmen, die Kabinettsmitglieder Ebert und Scheidemann nicht anwesend, während Landsberg zeitweise zugegen war. Den Vorsitz führte der Volksbeauftragte Haase. Auch an der Nachmittagssitzung des Kabinetts, in der dringende Angelegenheiten zu erledigen waren, fehlten Ebert und Scheidemann. Der Zentralrat war bis heute abend zu einer Sitzung mit der Regierung nicht zusammengetreten. Es wird eine gemeinsame Sitzung der beiden Körperschaften für morgen erwartet und dann werden die Würfel fallen.

In der „B. Z. am Mittag" wird gesagt, daß sich die Krise um drei Fragen drehe:

1. Die Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Kommandogewalt, wie etwa der Offiziere, die Abschaffung der Rangabzeichen usw.
2. Die Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Nationalisierung, zunächst des Bergbaues.
3. Die Frage der völligen Demobilisation.

Gegenüber diesen politischen Fragen spielen, wie gesagt, die Ereignisse des Montags und der folgenden Tage, so traurig sie sind, nur eine Nebenrolle.

Die erste und zweite Frage werden im Kabinett seit Wochen erörtert, schon lange bevor der Rätekongreß irgendwelche Beschlüsse gefaßt hatte. Die Unabhängigen stehen auf dem Standpunkt, daß es ein leichtes gewesen wäre, nachdem die Versammlung der Arbeiter- und Soldaten-Räte des ganzen Reiches ihre Meinung kundgegeben hat, einen Beschluß des Kabinetts zur Ausführung des Willens der Räteversammlung herbeizuschließen können, wie sie überhaupt suchten zu lavieren und entschließen könne, wie sie überhaupt suchten, zu lavieren und entscheidende Beschlüsse in den wichtigsten Fragen zu vermeiden. Was die dritte Krisenfrage betrifft, so wollen die Mehrheitssozialisten die Jahrgänge 1897 und 1898 unter Waffen halten und ebenso diejenigen älteren Leute älterer Jahrgänge, die mit Wachtdiensten und ähnlichen Aufgaben betraut sind. Die Unabhängigen dagegen wollen die völlige Demobilisierung und bezeichnen das Verlangen der Mehrheitssozialisten als „unerklärlich", es sei denn, man nehme an, daß sie durch irgendwelche Zusicherungen an Angehörige des alten Systems sich gesichert hätten.

Wir hören, daß in diesen drei Punkten der neue (mehrheitssozialistische) Zentralrat die Auffassung der Unabhängigen teilt.

Diese Darstellung trifft im wesentlichen zu. Nur müssen wir hinzufügen, daß, da Ebert und seine Freunde zugestanden haben, daß sie die Verantwortung für das Blutbad am Dienstag tragen, diese Frage natürlich in den Mittelpunkt der politischen Entscheidung gerückt ist. Zu dieser Frage wird der Zentralrat klipp und klar Stellung nehmen müssen.

Barth über die Dienstag-Vorgänge.

Genosse Emil Barth hat einem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag" eine Darstellung des Konfliktes zwischen den Matrosen und den rechtssozialistischen Mitgliedern des Kabinetts gegeben, die eine Anzahl neuer Details enthält.

Danach erschien am Montag nachmittag eine Anzahl Matrosen bei dem Volksbeauftragten Barth im Reichskanzlerhaus mit ihrem Führer Dorenbach und brachten die Schlüssel des Schlosses und des Marstalls, verlangten aber, daß ihnen nun die fällige Dekade ihrer Löhnung ausgezahlt würde. Barth setzte sich telephonisch mit dem Stadtkommandanten Wels in Verbindung, teilte ihm mit, die Matrosen hätten die Schlüssel übergeben und Wels sollte nun die fällige Löhnung auszahlen. Wels erklärte aber, die Matrosen müßten ihm die Schlüssel auf die Kommandantur bringen, obwohl er wußte, wie unbeliebt er persönlich war. Es entspann sich am Fernsprecher eine Unterredung zwischen Barth und Wels, deren Ohrenzeugen die in Barths Zimmer anwesenden Matrosen waren. Da Wels auf seinem Standpunkt verharrte, brach Barth die Unterredung ab.

Die Matrosen gerieten in heftige Erregung. Barth suchte sie zu beschwichtigen und forderte sie auf, zu Ebert zu gehen und ihm von dem Vorgefallenen Mitteilung zu machen. Die Matrosen aber waren mißtrauisch geworden und statt in Ruhe Ebert über das Vorgefallene in Kenntnis zu setzen, sperrten sie die Telephonzentrale und verhinderten, daß irgend jemand das Reichskanzlerpalais verlasse oder betrete, bis sie bei der Kommandantur angelangt sein würden, um dort ihre Wünsche durchzusetzen.

Es hat sich also nach dieser Darstellung nicht um eine dauernde Besetzung und Verhaftung der Reichsregierung gehandelt, sondern um eine freilich unberechtigte Eigenmächtigkeit der Matrosen, die nur vorübergehend wirken sollte. Zum Beweise dessen berichtet Genosse Barth weiter folgendes:

Kurz, nachdem die Matrosen sein Zimmer verlassen hatten, wurde er zu Ebert gerufen. Er traf Ebert im Gespräch mit Scheidemann und Landsberg und erhielt auf seine Frage, was Ebert von ihm wünsche, die Antwort, man habe ihn keineswegs gebeten, herbeizukommen, sondern habe nur nachsehen lassen, ob er im Hause sei. Nun könne er den andern Gesellschaft leisten. Auf Barths erstaunte Frage, was dies bedeute, wurde ihm gesagt, daß die Reichsregierung verhaftet und von den Matrosen überrannt sei. Auch die Telephonzentrale sei gesperrt. Barth nahm diese Mitteilung ungläubig auf, ging an seinen Fernsprechapparat und bedeutete, als die Telephonzentrale der Reichskanzlei sich sofort meldete, durchs Telephon den besetzenden Matrosen mit wenigen energischen Worten, daß sie die Telephonzentrale sofort freigeben müßten und daß man ihn augenblicklich mit dem Amte verbinden solle. Beide Weisungen wurden sofort befolgt und zunächst der Telephonverkehr der Reichskanzlei mit der Außenwelt wieder hergestellt. Ebenso gelang es dann in kürzester Zeit, die Abschließung des Kanzlerhauses zu beseitigen.

Auch die weiteren Ereignisse zeigen, nach der Darstellung von Barth, daß bei geschickterem Handeln der Regierung mindestens manches hätte vermieden werden können. Als in den späten Abendstunden des Montag die Matrosen nach der einen und die Regierungstruppen nach der andern Seite der Wilhelmstraße abzogen, war zwischen allen Beteiligten vereinbart worden, daß man am andern Tage zusammenkommen, verhandeln und in Ruhe die Angelegenheit erledigen wolle.

Statt dessen begann am Dienstag morgen nach dem Ablauf des kurzfristigen Ultimatums das Bombardement des Marstalls und des Schlosses. Es ist bis zur Stunde noch nicht aufgeklärt, wer den Befehl zu dieser Maßnahme gegeben hat. Major v. Harbou, beim Generalkommando des Gardekorps, erklärte auf Anfrage des Volksbeauftragten Barth, daß der Befehl zum Vorgehen von der Regierung gegeben sei, und als Barth ihn aufforderte, sofort den Angriff einstellen zu lassen, erklärte er, er könne nur von der Regierung oder von Ebert persönlich einen Gegenbefehl entgegennehmen.

Der Auszug der Matrosen aus dem Schlosse.

Die Matrosen sind gegenwärtig dabei, das Schloß zu räumen. Der Divisionsstab der Matrosen siedelt nach dem Marstall über, wo ihm eigene Räume von der Regierung zur Verfügung gestellt werden. Die Räumung des Schlosses verzögert sich, wie das „B. T." meldet, dadurch, daß die Leichen der bei den Kämpfen Getöteten gegenwärtig noch im Schloß liegen und vorläufig noch nicht im Marstall untergebracht werden können. Die Räume, die für den Divisionsstab der Matrosen im Hause Französische Straße 32 vorbereitet wurden, werden von dem Divisionsstab nicht bezogen, weil dieser den Wunsch hat, bei den Truppen zu bleiben. Neue Verhandlungen mit der Regierung sind zur Zeit nicht im Gange. Eine Reihe von Forderungen der Matrosen ist noch nicht geklärt, es finden darüber in den nächsten Tagen erneute Verhandlungen mit der Regierung statt. Die wichtigste der Forderungen ist die Angliederung an die Kommandantur. Die Frage der Leitung der Kommandantur soll in der Weise gelöst werden, daß sämtliche Soldatenräte Groß-Berlins den Kommandanten wählen. Die Leitung der Kommandantur durch Leutnant Fischer ist daher nur provisorisch. — Gegenüber anderweitigen Mitteilungen, daß das Schloß und der Marstall ganz von den Matrosen geräumt werden sollen, ist festzustellen, daß der Vertrag zwischen Regierung und Matrosen nur dahin lautet, daß die Matrosen die inneren Räume des Schlosses nicht besetzt halten dürfen, die Wachen am Schloß und am Marstall stellen jedoch nach wie vor die Matrosen.

Auflösung des Generalkommandos Lequis.

Zu dem Rücktritt des Generals v. Lequis wird gemeldet, daß v. Lequis auf seinen Antrag zu den Offizieren von der Armee versetzt worden ist, nachdem seine Aufgabe, den Truppeneinzug in Berlin zu leiten, erledigt ist. Damit ist auch das sogenannte Generalkommando Lequis aufgelöst worden. Ein Nachfolger für den General v. Lequis ist entgegen der Meldung eines Berliner Blattes nicht ernannt worden, vielmehr hat der älteste in Berlin anwesende kommandierende General v. Lüttwitz ganz automatisch den Befehl über die in Groß-Berlin befindlichen Truppen übernommen.

Verschiebung der internationalen Konferenz.

Haag, 27. Dezember. Dem Korrespondenzbüro wurde von Van Kol mitgeteilt, daß der Blätterbericht über den Zusammentritt einer internationalen Konferenz am 6. Januar unrichtig ist. Man denkt jetzt an eine Regelung, wonach die Konferenz am 20. Januar zusammentreten würde.

Stockholm, 28. Dezember. Vom „Sozialdemokraten" erhielt Branting am Weihnachtsabend ein Telegramm von Huysmans, in welchem dieser ihn bittet, die sozialdemokratischen Parteien im Lager der Mittelmächte, in Rußland und den neutralen Ländern zu einer internationalen Konferenz in Lausanne für Anfang Januar einzuladen. Ein Internationales Komitee wird wieder zusammenberufen. Huysmans, der sich nach Paris und Lausanne begibt, ist zum Sekretär ernannt worden. Branting hat hierauf Ebert telegraphisch von der Mitteilung unterrichtet und auch an Vandervelde eine Depesche gesandt, in welcher er jedoch einen Aufschub um einige Wochen befürwortet.

Kein Arbeiter fehle am Sonntag beim Leichenbegängnis der geopferten Matrosen.

Kritische Lage im Kohlenrevier.

Unter den Kohlenarbeitern im Ruhrrevier gärt es. Immer wieder kommt es zu Ausständen und zu Demonstrationen der ausständigen Arbeiter. Zur Zeit ist die Presse wieder voll von Vorkommnissen, die sich in Hamborn am 2. Weihnachtsfeiertag abspielten. Die seit einigen Tagen streikenden Belegschaften der dortigen Zechen im Besitz der Firma Thyssen veranstalteten Kundgebungen und setzten dabei einige Direktoren der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" gefangen. Eine Meldung, derzufolge auch der alte August Thyssen selber von ihnen aus seiner Wohnung geholt und im Rathaus der Stadt Hamborn interniert worden sei, ist durch das Wolffsche Bureau dementiert worden, und von den drei Direktoren, die man in Gewahrsam nahm, wird berichtet, daß sie noch am Abend desselben Tages wieder in Freiheit gesetzt wurden. Immerhin deuten die Nachrichten auf eine sehr erregte Stimmung in der Arbeiterschaft, und es mag auch zutreffen, daß es bei ihren Kundgebungen zu Tumulten und einzelnen Ausschreitungen gekommen ist.

Nach einem Telegramm des „Berliner Tageblatts" stieg die Zahl der streikenden Bergleute im Hamborner Bezirk auf etwa 25 000. In anderen Bezirken soll die Streikbewegung nachgelassen haben. Auch hier wird aber nicht, wie in normalen Zeiten, gearbeitet. Das bedeutet einen nicht unerheblichen Ausfall in der Förderung von Kohlen, ein Ausfall, der sicherlich nicht auf die leichte Achsel zu nehmen ist.

Unser ganzes Wirtschaftsleben ist auf eine ausreichende Versorgung mit Kohlen angewiesen. Ohne eine hinreichende Kohlenzufuhr können die Fabriken nicht arbeiten, die Bahnen nicht regelmäßig verkehren; fehlt es an Gas und Elektrizität zur Beleuchtung der Straßen und Häuser, muß die Bevölkerung Mangel leiden an wärmen Wohnräumen. Schon haben sich wichtige Unternehmungen gezwungen gesehen, ihren Betrieb erheblich einzuschränken, große Industrien haben umfangreiche Feierschichten eingeführt, hier und dort droht der Verkehr zu stocken und erscheint die Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten gefährdet. Es darf nicht vergessen werden, daß durch die Besetzung des Saarreviers durch Ententetruppen bereits wichtige Lieferungsquellen versiegt sind. Um so wichtiger erscheint es, daß die verbliebenen Erzeugungsgebiete der Kohle ausreichend liefern, daß ihre Produktion durch Arbeitsniederlegungen nicht wesentlich herabgemindert wird.

Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß möglichst rasch und einwandfrei festgestellt wird, worin die Streiks im Ruhrrevier ihren Grund haben, und daß nach Möglichkeit Mittel und Wege gesucht werden, um diese Gründe aus der Welt zu schaffen und wieder normale Leistungen in der Kohlenförderung herbeizuführen.

Es ist viel die Rede von einer aufreizenden Agitation der Polen und des Spartakusbundes, die unter den Bergleuten dahin wirken sollen, Unruhen zu stiften und Putschversuche herbeizuführen. Es mag sein, daß von den Polen eine lebhafte Agitation entfaltet wird, und es dürfte auch zutreffen, daß der Spartakusbund die unter den Arbeitern herrschende Mißstimmung auszunutzen sucht, um für seine Ziele und Methoden Propaganda zu machen. Es scheint aber nicht richtig, daß die vorhandene Unruhe ausschließlich auf die Tätigkeit von diesen Organisationen zurückzuführen ist. Die Forderungen, mit denen die Arbeiter hervorgetreten sind, sind keineswegs so, daß man aus ihnen nur auf den Einfluß einer verhetzenden Agitation von irgendeiner politischen Seite schließen müßte. Sie sind sehr wohl auch begreiflich als Ergebnis der tatsächlichen wirtschaftlichen Interessen der Bergarbeiterschaft.

Es handelt sich da einmal um das Verlangen höherer Löhne. Es heißt, daß die vor einiger Zeit bewilligte Lohnerhöhung von 15 Prozent, die für die best bezahlten Hauer Schichtlöhne von 18 bis 18,50 Mark ergeben soll, den Hamborner Arbeitern noch nicht genüge, und daß sie statt dessen Schichtlöhne von 19,50 Mark forderten. Indessen soll diese Forderung wesentlich damit zusammenhängen, daß schon vor der allgemeinen 15prozentigen Lohnerhöhung den Hamborner Arbeitern die Schichtlöhne von 19,50 Mark zugesagt gewesen waren, so daß sie sich jetzt nur dagegen zur Wehr setzen, daß diese bereits gegebenen Zusagen unter Hinweis auf die allgemeine Festsetzung der Löhne wieder rückgängig gemacht werden sollen. — Schichtlöhne von 18 Mark und 19 Mark erscheinen zunächst ja sehr beträchtlich. Bedenkt man aber, daß es sich bei ihnen nur um die Bezahlung der bestgelohnten Arbeitskräfte handelt, daß die Arbeit unter der Erde überaus schwer und anstrengend ist und daß vor allen Dingen auch der Lebensunterhalt sich gegenüber früher um das Vielfache verteuert hat, so wird man immerhin die Arbeiter verstehen können, wenn sie die Löhne, wie die genannten, für sich fordern.

Daneben wird von ihnen vielfach das Verlangen gestellt, daß ihnen besonders einmalige Zuwendungen gemacht werden. Dies hat vor allen Dingen darin seinen Grund, daß es bei der bisherigen schlechten Entlohnung und den ungeheuer gestiegenen Preisen für Kleidungsstücke, Schuhzeug usw. vielen Familien nicht möglich war, sich mit den nötigsten Ausstattungsstücken dieser Art zu versorgen. Es wird berichtet, daß es nicht selten Leute gibt, die nicht einmal über ein einziges Hemd oder auch nur ein Paar tragfähiger Schuhe verfügen. Mancherorts ist denn auch an die Stelle der Forderung besonderer einmaliger Geldzuweisungen geradeswegs das Verlangen nach Aushändigung von Kleidungsstücken und von Schuhwerk getreten. Angesichts der tatsächlichen Notlage wird man es den Arbeitern dann auch nicht verdenken können, wenn sie noch einer Möglichkeit suchen, sich in den Besitz der notwendig gebrauchten Gegenstände zu setzen.

Endlich kommt bei vielen Arbeitern ein starkes Gefühl der Unzufriedenheit hinzu, daß sie noch immer keine Maßnahmen der Regierung sehen, die darauf abzielen, den Zechenherren ihre Machtstellung zu nehmen und an ihnen, die sich während des Krieges so gewaltig zu bereichern wußten, den Willen der Revolution, die Sozialisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, zu vollziehen. Man unterschätzt vielleicht hier und da die Schwierigkeiten, die einer Verstaatlichung der Bergwerke mit allen Konsequenzen entgegenstehen; man macht sich möglicherweise von den Ergebnissen einer solchen Sozialisierung nicht ganz richtige, übertriebene Vorstellungen. Aber man vermißt einen entschlossenen Willen, einmal zuzufassen, den entschlossenen Willen, den Kohlenbaronen überhaupt auf den Leib zu rücken.

Es sollte nun aber doch möglich erscheinen, diesen Wünschen und Forderungen der Bergarbeiter soweit entgegenzukommen, daß sie davon befriedigt werden. Es müßte zu erreichen sein, daß in der Wohnungsfrage eine Einigung erzielt wird. Es müßte möglich zu machen sein, daß in irgendeiner Form dem Mangel an Bekleidungsstücken und Schuhwerk abgeholfen wird, hier durch einmalige Gratifikationen, durch die Auszahlung von Vorschüssen oder dergleichen, dort dadurch, daß aus den Beständen der Heeresverwaltung Kleidungsstücke zur Verfügung gestellt werden. Vor allen Dingen aber muß es dahin zu bringen sein, daß sofort die einleitenden Schritte zur Verstaatlichung der Bergwerksunternehmungen getan werden. Darüber ist man sich ja seit langem in allen in Betracht kommenden Kreisen einig, daß, wenn irgendwo, so im Kohlenbergbau, die Vorbedingungen für eine Sozialisierung gegeben sind. Bei einigem guten Willen muß es möglich sein, daraus auch schon in aller Kürze die praktischen Folgerungen zu ziehen.

Erfreulicherweise darf man annehmen, daß in der Regierung, sowohl im Reichskabinett wie in der preußischen Regierung, nunmehr ernstliche Bestrebungen am Werke sind, um die Forderungen der Bergarbeiter in angemessener Weise zu befriedigen. Die Presse verbreitet zwei Telegramme, die von Berlin nach Hamborn gingen: In dem einen fordert Genosse Haase die Arbeiter auf, wieder an die Arbeit zu gehen, unter Hinweis darauf, daß die Regierung alles tun werde, was in ihren Kräften stehe, um, soweit Unterlagen vorhanden seien, für eine Abhilfe der Beschwerden zu wirken. In dem anderen Telegramm erklärt Genosse Barth: „Meine Zusicherung schnellster Sozialisierung der Bergwerke halte ich aufrecht. Ebenso verspreche ich nach Wiederaufnahme der Arbeit, mich zu bemühen, eine einmalige Teuerungszulage zu erwirken." — Von der preußischen Regierung ist gestern der Genosse Ströbel nach Hamborn gefahren, um persönlich mit den Vertretern der Arbeiter und aller anderen beteiligten Stellen zu verhandeln. Seine ganze Vergangenheit bürgt dafür, daß er den Arbeitern mit vollem Verständnis entgegenkommen wird. Hoffentlich gelingt es ihm, eine erfolgreiche Vermittlertätigkeit zu entfalten.

Darf man auf der einen Seite von der Regierung verlangen, daß sie den Forderungen der Bergarbeiter eine gerechte Prüfung und Förderung zuteil werden läßt, so muß man allerdings auf der anderen Seite auch an die Arbeiter die Mahnung richten, sich stets die große Verantwortung vor Augen zu halten, die auf ihnen lastet. An dem ungestörten Fortgang der Erzeugung und insbesondere der Kohlenförderung hängt das Wohl und Wehe von Millionen Arbeitskollegen, hängt das Schicksal des ganzen deutschen Volkes ab. Niemals dürfen sie auch vergessen, daß an den Grenzen des Ruhrreviers gegnerische Truppen stehen, und daß die Bourgeoisie die Entente vielleicht nur auf den Vorwand von Unruhen und Tumulten in den Industriegebieten wartet, um diese Truppen dort einmarschieren zu lassen. Die Forderungen der Arbeiter müssen innerhalb der Grenzen des Erfüllbaren bleiben. Sie müssen besonders dann, wenn der Staat seine Hand auf das Privateigentum der Zechenherren gelegt oder sie wenigstens unter seine scharfe Kontrolle genommen hat, darauf Rücksicht nehmen, daß es sich nicht mehr um Auseinandersetzungen mit dem Kapital selbstherrlicher Ausbeuter handelt, sondern um Auseinandersetzungen mit Unternehmungen, die im Dienst, bzw. unter der Kontrolle der Allgemeinheit arbeiten. Sie dürfen bei ihrem Vorgehen sich nicht hinreißen lassen zu Unbesonnenheiten und zu Putschen, sie dürfen nicht die Zechenanlagen, deren Erhaltung für das Funktionieren der Volkswirtschaft nötig ist, und die über kurz oder lang das Eigentum der Gesamtheit bilden sollen, beschädigen oder zerstören. Keiner wird ihnen wehren, ihre Interessen mit Energie wahrzunehmen. Man wird es begrüßen müssen, wenn sie darauf dringen, daß die Regierung baldmöglichst Schritte zur Verstaatlichung der Werke unternimmt. Aber nur durch Maßnahmen der Regierung ist eine Sozialisierung möglich; eine Enteignung der Unternehmer durch Eingriffe der Arbeiter selbst in Gestalt von schrankenlosen Lohnforderungen, Konfiskationen usw. kann zu nichts führen. Und aufs schärfste muß es verurteilt werden, wenn nur zu Demonstrationszwecken, ohne zwingenden Grund, in einer Zeit wie dieser die Arbeit eingestellt wird. Das kann die Sozialisierung nicht fördern, sondern nur hemmen. Denn Vorbedingung für sie ist, daß unser wirtschaftlicher Mechanismus nicht ins Stocken gerät, und daß die Entente durch weiteren Einmarsch unser wirtschaftliches Leben nicht noch mehr unterbindet als bisher.

Deshalb keine „wilden" Streiks! Besonnenheit und Entgegenkommen da, wo auch auf der anderen Seite der gute Wille zur Verständigung vorhanden ist! Und Vertrauen zu den von unseren Genossen in der Regierung eingeleiteten Schritten, um eine Befriedigung der Arbeiterforderungen, soweit sie heute überhaupt möglich ist, herbeizuführen!

Ein Gesuch Polens um Waffenlieferung.

Zeitungsnachrichten zufolge hat die polnische Regierung das Verlangen nach einer gewissen Waffenhilfe Deutschlands in Form von Uebergabe gewisser Mengen von Kampfwerkzeugen und Munition gestellt, um damit eine bessere Möglichkeit zur Abwehr der bolschewistischen Truppen zu erlangen.

Eine derartige Unterstützung Polens mit deutschen Waffen würde indessen den Forderungen der Neutralität gegenüber der Sowjetrepublik schlecht entsprechen, und es erscheint schon aus diesem Grunde ausgeschlossen, daß die deutsche Regierung auf das polnische Verlangen eingeht.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen.

In der Sitzung der Internationalen Waffenstillstandskommission vom 26. Dezember wurde durch die deutschen Vertreter wieder eine Reihe von Noten überreicht, u. a. über die folgenden Fragen:

Die Befehle des Marschalls Foch, das deutsche Eisenbahnpersonal würdig zu behandeln, werden von den untergeordneten Organen immer noch nicht befolgt. Wiederholt ereignen sich Ausschreitungen entwürdigendster Art gegen das deutsche Eisenbahnpersonal, so daß trotz der von deutscher Seite bewilligten hohen Zulagen das deutsche Personal sich weigert, nach Frankreich und Belgien zu gehen. Für den Fall, daß infolge Mangels an Lokomotivpersonal die Ablieferung der Lokomotiven und der Transport der Eisenbahnwagen sich noch weiterhin ereignen läßt, lehnt die deutsche Regierung jede Verantwortung ab.

Es wird von deutscher Seite wiederholt gebeten, die Rheinübergänge freizugeben, die Sperrungen in den Brückenköpfen und auf verschiedenen Bahnlinien und Bahnhöfen zu beseitigen, um die Abbeförderung des nicht angenommenen Eisenbahnmaterials und die Zuführung der aus Deutschland anrollenden Lokomotiven und Wagen zu ermöglichen.

Ferner weist die bayerische Regierung auf die ernste Lage der gesamten bayerischen Industrie hin. Infolge Kohlenmangels mußten alle Industriebetriebe des rechtsrheinischen Bayerns vorerst auf zehn Tage stillgelegt werden. Anstatt daß — im schroffen Widerspruch zu den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages — pfälzische Kohle nach Nordfrankreich verbracht wird, sollte dringendst sofort von seiten des alliierten Oberkommandos die Freigabe der pfälzischen Kohle und außerdem ein Zuschuß von Saarkohle für die Pfalz und das rechtsrheinische Bayern angeordnet werden.

Keine Wahlfreiheit für Elsaß-Lothringen.

Auf die von der deutschen Waffenstillstandskommission dem Oberkommando der Alliierten vorgetragenen Wünsche, daß zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung die Absperrungsmaßnahmen im besetzten Gebiet zu mildern seien, sind von Marschall Foch den deutschen Behörden folgende Erleichterungen zugestanden worden: 1. Die ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind befugt, ohne Einschränkung die Berichte zu versenden, die sich auf die Vorbereitungen für die Wahlen und auf die Wahlen selbst beziehen. 2. Preß- und Versammlungsfreiheit werden von den alliierten Armeen gewährt, in einem Maße, das mit der Aufrechterhaltung der Ordnung und einem einwandfreien Verhalten der Bevölkerung gegenüber den alliierten Armeen im Einklang steht. 3. Die Einreise in die besetzten Gebiete oder die Ausreise nach dem Innern Deutschlands kann den Personen gewährt werden, welche im Besitz eines Passiergesuches der ordnungsmäßigen Verwaltungsbehörden sind. Die obigen Anordnungen finden keine Anwendung auf das Gebiet von Elsaß-Lothringen.

Trotzky gegen Czernin.

Zu den Mitteilungen, die Graf Czernin kürzlich über die Verhandlungen in Brest-Litowsk gemacht hat, wird aus Moskau der folgende Funkspruch Trotzkys verbreitet:

„An alle. — Graf Czernin hat in einer Rede, die in einem Berliner Telegramm der Kopenhagener „Berlingske Tidende" erwähnt und in Funksprüchen vom 17. Dezember wiedergegeben ist, jetzt sehr stark den tiefen Unterschied zwischen Baron Kühlmanns Politik und der seinigen betont. Wir haben tatsächlich einen Unterschied zwischen ihnen bemerkt, welcher aber in folgendem bestand: Kühlmann befahl und Czernin führte aus. Es wäre noch richtiger zu sagen, daß General Hoffmann an Kühlmann Befehle gab und Kühlmann an Czernin. Graf Czernin enthüllt jetzt seine Ueberzeugung, daß Polen, Litauen und Kurland selbst ihr Schicksal bestimmen müßten. Ich kann sagen, daß Graf Czernin in Brest diese Ueberzeugung durch nichts zu erkennen gab, wenn es General Hoffmann nötig war, in besonders zynischer Form die Verachtung der Sieger für das Selbstbestimmungsrecht der Völker auszudrücken, so wurde der entsprechende Auftrag durch Kühlmann an Czernin gegeben und Czernin führte diesen Auftrag aus. Was aber die besonderen Friedensvorschläge betrifft, welche Czernin angeblich gemacht haben soll, und welche ich angeblich abgeschlagen haben soll, so ist es wirklich nicht der Mühe wert, irgendwelche Worte darüber zu verlieren. Keine sich von denen des Baron Kühlmann unterscheidenden Vorschläge wurden von Graf Czernin weder in den offiziellen Sitzungen noch in den wenigen Unterredungen, die er mit mir gehabt hat, gemacht. Die stenographischen Protokolle der Brester Verhandlungen werden bald herausgegeben werden. Außerdem bedeuten Taten mehr als Worte. Die österreichisch-ungarischen Truppen sind ebenso wie die deutschen in die Ukraine eingedrungen und sie haben Elisabetgrad, Nikolajew, Odessa bedrückt. Zwar räumen sie gegenwärtig diese Gegenden in eiligem Tempo, aber das ist nicht Czernins Schuld. gez. Trotzky."

Erzberger über den Völkerbund.

Staatssekretär Erzberger hielt am Freitag vor den Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft in der Handelshochschule einen Vortrag über den Völkerbund. Er schilderte die ungeheuren Verheerungen, die der Krieg angerichtet habe. Der Krieg sei die Gesetzlosigkeit nach außen und habe naturgemäß die Gesetzlosigkeit im Innern zur Folge. An Stelle der alten Gewaltanarchie müsse das System des Rechts treten. Welche Summen der Krieg gekostet habe, könne heute noch niemand sagen. Gehe das alte System des Wettrüstens weiter, so müßten angesichts der technischen Vervollkommnung der Kriegsmaschinen die einzelnen Völker Lasten tragen, die einfach nicht zu tragen seien. Außerdem bedürfe der wirtschaftliche Aufbau aller Arbeitskräfte, keine Hand könne ihm für die Zwecke des Wettrüstens entzogen werden. Der Völkerbund entspräche also auch den Traditionen Deutschlands. Durch den Einfluß der Schulen sei das Rechtsbewußtsein in Deutschland leider ziemlich geschwunden, so daß noch viel Arbeit geleistet werden müsse, um die Notwendigkeit des Völkerbundes populär zu machen.

Zum Schluß sprach Erzberger ausführlich über die Frage der Entschädigung. Er sprach die Erwartung aus, daß der Geist Wilsons sich auf der Friedenskonferenz durchsetzen möge.

Mannheim beinahe von Franzosen besetzt.

Die Waffenstillstandskommission gibt bekannt: Am 23. Dezember erschien überraschend in Mannheim, also in der neutralen Zone, ein französischer Major als Abgesandter des Generals Gérard. Er teilte mit: Am 24. Dezember werden 5000 Franzosen in Mannheim einrücken, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Das deutsche Bataillon, das in Mannheim lag, habe bis 2 Uhr nachmittags die Stadt zu verlassen. — Deutscher Protest half nicht. Auf dem Wege über die Waffenstillstandskommission wurde daher versucht, Aufklärung herbeizuführen; hierbei stellte sich heraus, daß die Franzosen geglaubt hatten, infolge von Beschlüssen des Mannheimer Soldatenrates seien Unruhen entstanden. Die Franzosen wollten dies nicht dulden und glaubten daher, schleunigst die Polizei in Mannheim übernehmen zu sollen. — Glücklicherweise konnte von der Waffenstillstandskommission den Franzosen mitgeteilt werden, daß in Mannheim alles in Ordnung sei und daß das Ba-

handensein der deutschen Polizeitruppe auch fernerhin die Ordnung verbürge."

Die Waffenstillstandskommission teilt dann noch mit, daß dem, was die Franzosen gebührt gehabt hätten, folgender „wirklicher Vorfall" zugrunde gelegen hätte: Der Mannheimer Soldatenrat habe den Beschluß gefaßt, das deutsche Bataillon in Mannheim zu entwaffnen. Die Durchführung dieses Beschlusses wurde jedoch durch die badische Regierung verhindert. — Die Mitteilung der Waffenstillstandskommission schließt mit den Worten: „Für andere Städte in ähnlicher Lage mag der Vorfall als Warnung dienen, und sie von voreiligen Beschlüssen abhalten. Das Verhalten der Franzosen auch in diesem Falle beweist, daß sie nicht beabsichtigen, die Arbeiter- und Soldatenräte in der neutralen Zone anzuerkennen."

Uns scheint, mit der Anerkennung oder Nichtanerkennung der A.- und S.-Räte durch die Entente hat das Verhalten der Franzosen nichts zu tun. Es beweist nur, daß sie nicht gewillt sind, die neutrale Zone ohne bewaffnete Besatzung zu lassen und Unruhen zu dulden. Immerhin ist aber auch so das Vorgehen der Franzosen von Bedeutung und lehrreich.

Dank für die Eisenbahner.

Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf an die deutschen Eisenbahner:

Den deutschen Eisenbahnern, deren ohnehin schwere und verantwortungsvolle Arbeit durch die Anforderungen des Krieges in ungemessener Weise vermehrt worden ist, spricht die deutsche Reichsregierung jetzt, da sie von den fernen Kriegsschauplätzen zurückkehren, im Namen des Volkes ihren Dank aus. Sie erkennt damit die Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit an, mit der die deutschen Eisenbahner aller Dienstgrade und aller Volksstämme ihre mühevollen Dienstobliegenheiten erfüllt haben. Die Eisenbahner wissen, daß die junge sozialistische Republik Deutschlands es nicht bei leeren Worten des Dankes bewenden läßt. Die Rechtsstellung der Eisenbahner soll ausgebaut und von den Fesseln aller Vorurteile befreit, ihre wirtschaftliche Lage im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten gehoben werden.

Die Grundlage für die staatliche Finanzwirtschaft und für den Wert des Geldes bildet der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Bis dahin ist noch ein langer und beschwerlicher Weg. Die deutsche Reichsregierung hofft von den Eisenbahnern, daß sie wie bisher, so auch weiterhin, besonders in den nächsten schweren Wochen und Monaten mit ihren großen Anforderungen an die körperliche und seelische Leistungsfähigkeit der Eisenbahner ihre Pflicht getreu weiter erfüllen in voller Erkenntnis der Notwendigkeit entschlossener Zusammenarbeit aller Glieder des Volkes.

Schaffung eines Groß-Hamburgischen Staates?

T.U. Hamburg, 27. Dezember. In einer gemeinsamen Sitzung der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, des Senates und verschiedener technischer Organisationen wurde die Frage der Schaffung eines Groß-Hamburgischen Staates mit Einschluß der links und rechts der Niederelbe liegenden preußischen Kreise besprochen. Das Projekt fand aus wirtschaftlichen, bevölkerungspolitischen und wasserbautechnischen Gründen von allen Seiten Zustimmung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Gedanke eines niederdeutschen Bundesstaates von Oldenburg bis Schleswig-Holstein mit Hamburg als Hauptstadt erfaßt immer weitere Kreise.

Sozialistische Wirtschaftskonferenz.

Der Bund „Neues Vaterland" hält in den Tagen vom 27. bis 29. Dezember eine Tagung ab, um zu der Frage der Vergesellschaftung Stellung zu nehmen. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden, Grafen v. Arco, begrüßte Herr Herr v. Beerfelde die Erschienenen. Sodann sprach Dr. Beck über die wissenschaftliche Bedingtheit und dann über Einführung der Vergesellschaftung in die Praxis. Sozialismus ist planmäßige Beziehung zwischen Produktion und Konsumenten; Herrschaft der Arbeit über das Kapital; das Mittel ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Es handelt sich nicht um Verstaatlichung, sondern gerade die staatlichen Betriebe sollen sozialisiert werden. In der kapitalistischen Wirtschaft herrscht die anarchische, in der sozialistischen die planmäßige Produktion. Wesentlich verschieden ist auch in beiden Wirtschaften die Stellung des Arbeiters. Im sozialistischen Gemeinwesen soll der Unternehmerprofit beseitigt werden und nur für den Konsum produziert werden. Am 9. November hat eine Militärrevolte eine soziale Revolution eingeleitet. Unsere Wirtschaft stellt heute ein Trümmerfeld dar, sie muß auf neuer Grundlage organisiert, eine Ordnung aus dem Sozialisierungsprozeß herausgeschaffen werden. Professor Oppenheimer spricht als erster Vortragender über: Die Theorie der Vergesellschaftung.

Ein Soldatenrat für die internierte Schiffsbesatzung.

Die „Schleswig-Holsteinische Volksztg." veröffentlicht folgende Zuschrift:

„Für die gesamten in Scapa Flow internierten Schiffe ist ein Verbands-Soldatenrat gebildet worden, der sich an Bord „Friedrich der Große" befindet, und bitte ich, alle Anfragen an nachstehende Adresse weiterleiten zu wollen:

An den Verbands-Soldatenrat
an Bord „Friedrich der Große",
z. H. des Obmannes Kamerad Keller,
Scapa Flow (England).

Wir werden zum Besten der Lieben in der Heimat alles tun, um ihre Ungewißheit zu beseitigen und den Angehörigen der hier internierten Kameraden mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen. Verbands-Soldatenrat, gez. Keller."

Die Zuschrift ist sofern interessant, als sie darlegt, daß England in seinem Hoheitsbereich Soldatenräte zugelassen hat.

Eine versuchte Rechtfertigung.

Die Nachrichten-Abteilung des Kriegsministeriums verbreitet durch das W. T. B. nachstehende Richtigstellung:

„Die „Freiheit" vom 10. Dezember 1918 greift in einem Artikel „Militärische Unverschämtheiten" das 4. Garde-Regiment zu Fuß an. Sie behauptet, daß sämtliche Offiziere sich am Sonntag morgen in Helm und mit Waffe versammelt hätten. Demgegenüber wird festgestellt, daß es sich um eine dienstliche Versammlung handelte, in der festgestellt werden sollte, welche Offiziere und Fahnenjunker weiter im Dienst bleiben wollten. Da das Tragen der Waffe im Dienst vorgeschrieben ist, waren die Offiziere nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, mit Waffen zu erscheinen.

Ferner wird behauptet, daß der Kommandeur Oberst Reinhardt befohlen habe, daß die Wachen mit geladenem Gewehr aufziehen sollten und vor allen Offizieren Ehrenbezeugungen machen müßten. Demgegenüber wird festgestellt, daß die Wachen nicht mit geladenem Gewehr aufziehen und daß keine Anordnung getroffen ist, daß Wachen der Posten Offiziere grüßen müssen. Eine Regelung der Grußfrage ist überhaupt nicht von dem Kommandeur erfolgt. Lediglich der Soldatenrat des Feldregiments hat beschlossen, daß sich alle 4. Gardisten gegenseitig grüßen sollen.

Daß bei einem Vertrauensverhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften letztere die ihnen bekannten Offiziere gern grüßen, ist selbstverständlich."

Wir stellen fest, daß der Bericht, den das Kriegsministerium anzuzweifeln glaubt, uns von durchaus vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden ist. Die in dem Artikel geschilderten Treibereien der Offiziere empörten einen Teil der Mannschaften derart, daß sie sich hilfesuchend an die Leitung der Volksmarine-Division wendeten. Diese gab den Vorgang an die Volksbeauftragten Barth und Haase weiter. Was die Soldaten am meisten empörte, war das herausfordernde Tragen der Waffen und Abzeichen. Einen preußischen Offizier der alten Schule empört so etwas natürlich nicht. Aber das Denken und Fühlen der Mannschaften ist ein ganz anderes und wir fordern, daß diesem Verlangen, dem Geist der Zeit entsprechend, Rechnung getragen werde.

An unsere

Postabonnenten

oder solche, die es werden wollen!

Um keine Verzögerung in der Zustellung

„Der Freiheit"

eintreten zu lassen, ersuchen wir unsere Postabonnenten, sofort das Abonnement für das 1. Quartal 1919 zu bestellen.

Der Bezugspreis beträgt pro Quartal exklusive Zustellungsgebühr 6 Mk; per Streifband bezogen 12 Mk. — Die „Freiheit" ist im 1. Nachtrag 1919 der Zeitungsliste eingetragen.

Der Verlag.

Wilson in England.

Wilson ist nunmehr von Frankreich nach England gegangen. Ueber sein Eintreffen wird gemeldet: In Dover wurde Wilson vom Herzog von Connaught und dem Botschafter Davis empfangen. Auf dem Bahnhof verlas der Bürgermeister von Dover eine Willkommen-Adresse. Darauf antwortete der Präsident: Wir haben gemeinsam sehr ernste Zeiten durchgemacht und können uns deshalb als Kameraden und Bundesgenossen betrachten, da nichts so sehr die Menschen einander näher bringt, wie gemeinsames Verständnis und gemeinsame Ziele. Ich glaube, daß wir trotz aller schrecklichen Leiden und Opfer des Krieges eines Tages, wenn wir auf sie zurückblicken, einsehen werden, daß sie der Mühe wert waren, nicht nur wegen der Sicherheit, die sie der Welt gegenüber vor einem ungerechten Angriff gaben, sondern auch wegen des Einverständnisses, das sie zwischen den großen Nationen zur dauernden Erhaltung von Recht und Frieden schufen. Es gewährt mir deshalb eine ganz besondere Befriedigung, hier zu weilen. Es wird mir damit Gelegenheit gegeben, meinen Geist mit dem Geiste derjenigen zu vereinigen, die dieselbe Absicht haben, bei der großen Beilegung des Kampfes das Beste zu tun, was getan werden kann.

Von Dover begab sich Wilson nach London, dort wurde der Präsident von der Bevölkerung ebenfalls sehr lebhaft begrüßt.

Ein englisches Blatt für die Versorgung Deutschlands.

Amsterdam, 27. Dezember. Nach dem „Algemeen Handelsblad" verlangt die radikale englische Wochenschrift „Nation", daß die Alliierten Deutschland mit Lebensmitteln und Rohstoffen versorgen, um den Arbeitern und demobilisierten Soldaten Arbeit zu verschaffen und um eine Hungersnot abzuwenden. Die Nation schreibt: Wir haben es mit einem kranken Mann zu tun, den viele von uns zum Sklaven machen möchten. Wenn wir ihn verhungern lassen, wird er einen Wahnsinnsanfall bekommen und sich wahrscheinlich den Hals abschneiden. Dasselbe würde er tun, wenn man ihm keine Arbeit geben würde. Das einzige, was wir dann von ihm haben würden, wären die Lasten und Kosten seiner Beerdigung, die mit den paar Groschen, die wir vielleicht in seinen Taschen finden würden, nicht gedeckt werden könnten.

Hoovers Bericht an Wilson.

Zürich, 27. Dezember. Der „New York Times" wird von ihrem Pariser Korrespondenten berichtet: Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover hat Wilson einen Bericht über die Lebensmittellage in Deutschland unterbreitet, in dem gesagt wird, die Lage ist schlecht, aber keineswegs so, wie die Deutschen sie darstellen. Er befürwortete die Aufrechterhaltung des bereits angekündigten Programms der Vereinigten Staaten, nach dem zunächst die Alliierten, dann die Neutralen und erst in letzter Linie die feindlichen Staaten mit Lebensmitteln versorgt werden sollen. Was die feindlichen Staaten anbetrifft, so werde Deutsch-Oesterreich vor Deutschland versorgt werden müssen.

Englische Furcht vor Wilson.

London, 27. Dezember. Bezugnehmend auf die heutigen Konferenzen des Kabinetts, bei denen Wilson zugegen sein wird, schreibt „Daily Telegraph": Jetzt, wo es zu der anerkannt heiklen Aufgabe gekommen ist, die Grundsätze für die Herbeiführung des Friedens, die Zustimmung gefunden haben, auf tatsächliche Verhältnisse anzuwenden, sind wir ganz weit von der Befürchtung, die in einigen Kreisen herrscht, daß Wilson wahrscheinlich die Rolle eines steifnackigen Doktrinärs spielen wird. Nichts läge seiner Natur von seiner Vergangenheit ferner, oder würde so schlecht mit seinem persönlichen Charakter übereinstimmen.

„Daily Chronicle" schreibt: In den Besprechungen mit Wilson werde es weniger darauf ankommen, wie die Meinungsverschiedenheiten behoben werden, denn wir glauben nicht an das Vorhandensein irgendwelcher Meinungsverschiedenheiten zwischen der britischen und der amerikanischen Politik, wohl aber wird viel von der Art abhängen, wie dieses positive anglo-amerikanische Zusammenarbeiten weiter ausgebaut wird, ohne dessen weitere Entwicklung es für die Welt undurchführbar wäre, den großen Schritt vorwärts zu machen, den sowohl die amerikanische, als auch die britische öffentliche Meinung wünschen. Das Blatt verlangt eine klare anglo-amerikanische Politik gegenüber dem Bolschewismus. Es sagt, der Schlüssel zur Lage liege in Deutschland. Die Verbündeten Mächte könnten dem Bolschewismus in Deutschland ein Ende bereiten, wenn sie Nahrungsmittel lieferten. Sie müßten dies ohne Verzug tun.

Friedensvertrag und Völkerbund.

London, 27. Dezember. Zur Veröffentlichung gelangte ein Briefwechsel zwischen dem Sekretär des Nationalverbandes der Eisenbahner Thomas und Lord Robert Cecil, welcher der britische Vertreter für alle mit dem Völkerbund zusammenhängenden Fragen auf der Friedenskonferenz sein wird. Thomas schreibt, daß keine Volksschicht dieses Landes herzlichere Mitarbeit und Unterstützung in den Anstrengungen, einen Völkerbund zu errichten, gewähren würde als die Arbeiter. In seiner Antwort schreibt Lord Cecil, daß der Bund mehr als eine Agentur zur Verhinderung von Kriegen sein werde. Er werde das Problem der Rüstungseinschränkung ins Auge fassen müssen, die kleineren Staaten beschirmen und die Rassen beschützen müssen, welche bisher unfähig gewesen wären, sich selbst zu schützen. Er werde ein Wächter von internationaler Bedeutung sein; die hauptsächlichsten Errungenschaften für das Wohlergehen und das Glück der Menschheit müßten allen zugänglich gemacht werden. Der Bund müsse die veralteten Verträge revidieren, den Seeverkehr, die sanitären Einrichtungen und sogar die Arbeitsverhältnisse regeln. Cecil fügt hinzu: Um diese Politik erfolgreich einzuleiten, werden wir keinen gewöhnlichen Friedensvertrag brauchen, sondern eine Regelung, bei der jede Zeile vom Geist des Völkerbundes durchdrungen ist. Das ist kein leichtes Unternehmen, aber ein Ding ist gewiß, daß das britische Volk, wenn es mit dieser Reform ernst machen will, sie auch durchsetzen wird.

London, 27. Dezember. (Reuter.) „Morning Post" schreibt: In dem Plan für die Friedenskonferenz, die wahrscheinlich am 6. Januar beginnen wird, ist eine Aenderung eingetreten. Die Besprechungen werden nur zwischen den vier Großmächten England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten abgehalten werden. Hierauf werden die übrigen Bundesgenossen zu den Besprechungen eingeladen werden, die sie im besonderen betreffen. An der Regelung der Fragen des nahen Ostens werden Griechenland, Serbien und Rumänien teilnehmen. Bei den österreichisch-ungarischen Angelegenheiten wird Griechenland ausfallen. Zunächst wird der allgemeine Zustand in Europa durch die vier Großmächte besprochen werden. Wie in manchen Kreisen verlautet, werden die Alliierten bei den vorläufigen Besprechungen Gelegenheit haben, mit den Auffassungen der Neutralen in Fühlung zu treten, vor allem mit den Auffassungen derjenigen Neutralen, die den Alliierten günstig gesinnt waren.

Allgemeiner Proteststreik in Wilna.

Das in Wilna erscheinende Organ des jüdischen Arbeiterbundes „Unsere Stimme" veröffentlicht in seiner Nummer vom 24. Dezember 1918 einen Aufruf zum allgemeinen Streik der Arbeiter. Als Grund wird angegeben, daß die deutschen Okkupationsbehörden Mitglieder des Arbeiterrates verhaftet haben.

Der Kampf gegen die Bolschewiki.

Amsterdam, 27. Dezember. Die russische Gesandtschaft im Haag hat von der russischen Regierung in Omsk die telegraphische Nachricht erhalten, daß die Armee dieser Regierung den bolschewistischen Truppen an der Front von Jekaterinenburg eine ernste Niederlage zugefügt hat. Die Bolschewiki ziehen sich in großer Unordnung auf die Stadt Perm zurück. Gleichzeitig erfuhr die Gesandtschaft aus Jekaterinodar, daß die südrussische Freiwilligenarmee unter Befehl des Generals Denikin die Diktatur des Führers der allrussischen Regierung in Omsk Admirals Koltschak anerkannt hat. Man hat sich auf folgendes geeinigt: 1. Wiederherstellung eines einigen, unteilbaren russischen Reiches unter einer Zentralregierung, die den Provinzen ein weites Maß von Selbstverwaltung einräumen wird, deren ethnographische und historische Ansprüche darauf gerechtfertigt sind. 2. Entschlossener Kampf gegen die bolschewistischen Einrichtungen bis zu ihrer vollständigen Vernichtung. 3. Enges militärisches Zusammengehen zwischen der Freiwilligenarmee des Generals Denikin und der Armee der allrussischen Regierung in Omsk.

Kongreß der italienischen Sozialisten.

Lugano, 27. Dezember. Die Mailänder Tagung der italienischen Sozialisten endete mit einem Siege der gemäßigten Fraktion Turati-Modigliani gegen die Maximalisten.

Hier abtrennen!

An das

Postamt

Hier.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Direktion Fried. Kayssler. 7½ Uhr: Wilhelm Tell.

Opernhaus
7½ Uhr: Martha. Rom.-kom. Oper in 4 Akten von Friedrich von Flotow.
Sonntag: Aida. Oper in 4 Akten (7 Bilder) von G. Verdi.

Schauspiele
7 Uhr: Die Journalisten. Lustspiel in 4 Aufzügen von G. Freytag.
Sonntag: Nathan der Weise. Ein dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Lessing.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ U.: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Sonntag 7½ Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Silvester 7 Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Mittwoch, 1. Januar:
3½ Uhr: Hamlet.
7½ U.: Und das Licht scheinet in d. Finsternis.

Kammerspiele
7½ Uhr: Michael Kramer.
Sonntag:
3½ Uhr: Minna von Barnhelm.
7½ Uhr: Der Sohn.
Silvester 7 U.: Die deutschen Kleinstädter.
Mittwoch, 1. Januar:
3½ Uhr: Frühlings Erwachen.
7½ Uhr: Der Sohn.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstrasse 1, Port. 3
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.
Sonntag:
3½ Uhr: Jugend. (Halbe Preise)
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.
Silvester 7 U.: Der eingebildete Kranke.
Mittwoch, 1. Januar:
7½ Uhr: D. Büchse d. Pandora

Dir.: C. Meinhard — R. Bernauer
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Musik.**

Komödienhaus. Schiffbauerd. 25, a. d. N. Wilhelmstr.
8 Uhr: Die tanzende Nymphe.

Berliner Theater.
7½ Uhr: Sterne, die wieder leuchten

Lessing-Theater. Direktion: Victor Barnowsky
7 Uhr: Peer Gynt.
Sonntag: Der Schleier.
Montag: Der Marquis v. Keith.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr: Nachtbeleuchtung.

Residenz-Theater.
Täglich 8 Uhr: „Der Lebensschüler".

Trianon-Theater. Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391.
7½ Uhr: Der gute Ruf. Von Hermann Sudermann.

Central-Theater.
7½ U.: Die Rose von Stambul

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
7½ Uhr: Hannerl.
Das Dreimäderlhaus. II. Teil.

Deutsches Opernhaus Charlottenb.
7 Uhr: Die toten Augen.

Kleines Theater.
8 Uhr: Freie Knechte.

Komische Oper.
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.
Sonntag 3½ Uhr: Schwarzwaldmädel

Lustspielhaus.
7¾ Uhr: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
7½ Uhr: Die Faschingsfee.
Sonntag 3 Uhr: Wiener Blut.

Neues Operettenhaus.
3½ Uhr: Das Glöckenmädel
7½ Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater.
3½ Uhr: Der Struwelpeter.
7½ Uhr: Der Mikado.

Schiller-Theater Charlottenburg.
7½ Uhr: Der Pfarrer v. Kirchfeld.

Thalia-Theater.
3½ Uhr: Frau Holle.
7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.

Theater am Nollendorfplatz
3½ U.: Z. letzten M.: Frau Holle.
7 Uhr: Der Juxbaron.

Theater des Westens.
7½ Uhr: Die lustige Witwe
Heute 4 Uhr: Aschenbrödel.

Wallner-Theater.
3½ Uhr: Der Märchenwald.
7½ Uhr: Graf Habenichts.
Stg. 3½: Der Märchenwald.

Rose-Theater.
3½ Uhr: König Drosselbart.
Gastsp. d. Friedr.-Wilhelmst. Theat
7½ Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr: August der Starke.

Casino-Theater.
Lothringer Str. 37. Tägl. ¼8 Uhr: das 3aktige Volksstück
Die goldene Brücke
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Sonntag, 29. und am 1. Januar, Nachmittag 3½ Uhr
Friede auf Erden.

APOLLO Theater
Dir. JAMES KLEIN
Allabendlich 7½ Uhr. Sonntags 3½ und 7½ Uhr
Die Welt geht unter!
Senta Söneland | Lucie Blattner
Franz Rauch | Fritz Beckmann
Fränze Blanke
NADCHURA'S Elefanten
ROSTON'S Affenmensch
Traneys Blumenkorso
usw.
Sonntags 3½ jed. Erwachsene 1 Kind frei!

Cabaret Tivoli
Frankfurter Allee 287
Inh.: Rich. Dahinter
Täglich:
Anfang 8 Uhr Spezialitäten u. Carl Langer, Sprecher d. Volkes
Freiheitlich-revolutionäre Vorträge.

Eintritt frei!
Kunst **Lieban-Kabarett** Humor
= Künstler-Diele =
Taubenstr. 34
Ab 4 Uhr: Orchester
von 6—7½ Uhr
— das große Programm —
Ab 7½ Uhr: Tanz.
Echt russ. Tee, Kaffee, Mokka, Schokolade, Fein-Gebäck.
ff. Weine — ff. Küche — Zivile Preise.

Hier abtrennen!

Hiermit bestelle ich ein Exemplar der Zeitung
„Die Freiheit"
Erscheinungsort Berlin.
für das erste Quartal 1919 zum Preise von 6.— Mark
für den Monat Januar 1919 zum Preise von 2.— Mark
exklusive Bestellgebühr.
Nicht Gewünschtes ausstreichen.
Der Bezugspreis einschließlich Bestellgeld ist durch den Briefträger von mir einzuziehen.

Name ....

Straße ....

Postamt ....

KAMMER LICHTSPIELE
Die Favoritin des Thronfolgers
Ein Film aus dem russischen Hofleben.
5 Akte.

UT UFA
Unter den Linden Alexanderpl. Nollndpl.
Henny Porten
im Schauspiel: „Die blaue Laterne"
Regie Rudolf Biebrach
Weinbergsweg Hasenheide
Söhne des Volkes
Sozialist. Monumentalfilm von Sophus Michaelis und Ole Olsen mit Gunnar Tolnaes u. Lili Jakobsen.
Schöneberg
Der Rattenfänger
Die alte Sage neu erzählt von Paul Wegener. Hauptpersonen: Paul Wegener, Lyda Salmonowa.
Reinickendorferstrasse
Der Stellvertreter
Stuart Webbs 28. Abenteuer m. Ernst Reicher

MOZART-SAAL
Der Trompeter von Säkkingen
von Joseph Viktor von Scheffel
6 Akte. — Bearbeitet von Franz Porten
Musik von Professor Ferdinand Hummel
Hauptrolle:
Paul Hartmann

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-56
Ab 1. Dezember
Neue Direktion • Neues Programm
Ganz renoviert
Anfang 5 Uhr
Sonntag 4 Uhr
Gyigyi-Konzerte
2 Eintrittspreise: 1.30 M., 2,60 M.
Vorzügliche Küche
Torten, Makronen und Getränke.

Kükük
Lichtspiele
Gr. Frankfurter Str. 28
an der Andreasstraße.
Bis Montag:
Das Tagebuch einer Verlornen
Sonntags 4 Uhr
Wochentags 6 Uhr.

Wintergarten
Das grosse
Spezialitäten-Programm
Anfang ½8 Uhr.

LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.
Abteilung Buchhandlung
LEIPZIG, Tauchaer Str. 19/21

In unserem Verlage ist soeben erschienen:
Karl Kautsky
Sozialdemokratische Bemerkungen
:: **zur Uebergangswirtschaft** ::
Broschiert 3.00 Mark „ Gebunden 4.50 Mark
Bestellungen sind an die obengenannte Buchhandlung zu richten.

„Sanabo"-Behandlungsstelle für Harnleiden.
Aerztlicher Leiter: Sanitätsrat Dr. Wolff.
Berlin, Bülowstr. 12, part. Tel.: Lützow 9604. Sprechst. 12-2, 6-8, Sonntags 11-1.
Bewährte Neuerfindung (D. R. P.). Spülverfahren zur Beseitigung von Ausflüssen u. chron. Katarrhen.
Prospekte.

Sozialdemokratischer Wahlverein Lichtenberg, U. S. P. D.
Am Sonntag, den 22. Dezember 1918 verschied unser Parteigenosse
Edwin Körner
an der Proletarierkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet heute Sonnabend, den 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Treptow-Baumschulenweg statt.
1. Viertel, 3. Abteilung, 11. Gruppe.
Um rege Beteiligung ersucht die Bezirksleitung.

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis U. S. P.
11. Abtlg., Bezirk 185.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Genosse der Klempner
Bruno Pohl,
Wrangelstr. 79,
verstorben ist.
Die Beerdigung fand am 27. Dezember, nachmittags ¾4 Uhr, vom Neuen Jakobikirchhof, Neukölln, Hermannstr., aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis (U. S. P. D.)
14. Abt., Bezirk 696.
Am Mittwoch, den 25. Dezember, verstarb unser Genosse der Gastwirt
Hermann Thielemann,
Waldenserstr. 19.
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung findet am Montag, den 30. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium Gerichtstr. 36-38 statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Bezirk Weißensee
Frauen-Lehrkursus für die Wahl zur Nationalversammlung.
Am Montag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr, findet b. Masche, Berliner Allee 251 der erste Vortrag zur Belehrung der Frauen über die Verwirklichung der Ziele der U. S. P. betreffs
Sozialisierung der Gesamtwirtschaft Deutschlands. Trennung v. Kirche u. Staat, Einheitsschule,
statt.
Zum zahlreichen Besuch werden die Genossinnen eingeladen.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Sektion 5, Industriearbeiter.
Obleute und Betriebsvertrauensleute
aus den Berliner Metall- und Rüstungsbetrieben!
Heute, Sonnabend, den 28. Dezember, nachmittags 3½ Uhr, findet im Lokal von Riedel, Naunynstraße 40, eine Sitzung der Betriebsobleute unseres Verbandes statt. Anschließend an die Obleutesitzung findet um 6 Uhr abends im selben Lokal eine Vertrauensmänner-Konferenz statt, zu der die Funktionäre aller Betriebe bestimmt anwesend zu sein haben.
Tagesordnung:
Berichterstattung der Kommission über die Verhandlungen zum Kollektivabkommen.
Mit koll. Gruß Die Sektionsleitung.
I. A.: Karl Frambe.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 30. Dezember 1918, abends 5 Uhr im Lokal Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12

Versammlung
aller in der **chirurgischen Branche** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen zum Kollektivvertrag.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Da die Tagesordnung äußerst wichtig, müssen alle Kollegen und Kolleginnen erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Achtung!
Auto-Reparatur-Werkstätten.
Sonnabend, den 28. Dezember 1918, findet im Gewerkschaftshaus, Engelufer, großer Saal, nachmittags 3 Uhr, eine Versammlung sämtlicher in diesen Betrieben beschäftigten Kollegen statt.
Tagesordnung:
Stellungnahme zu unserem Kollektivabkommen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin • N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Montag, den 30. Dezember 1918:
Bezirks-Versammlungen
für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin
in folgenden Lokalen:

Norden: Pharussäle, Müllerstraße 142, abends 8½ Uhr.
Norden: Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 7 Uhr.
Norden: Viktoria-Garten (Fritsch), Badstr. 12, abends 8 Uhr.
Moabit: Sandos Festsäle, Beusselstraße 9, abends 8 Uhr.
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 4, abends 7½ Uhr.
Westen, Schöneberg, Steglitz: Kaiser-Wilhelm-Garten, Friedenau, Rheinstraße 65, abends 7 Uhr.
Osten und Nordosten: Andreas-Festsäle (Inh. Scholz), Andreasstraße 21, abends 8 Uhr.
Lichtenberg: Kurkowski, Pfarrstr. 74, abends 8½ Uhr.
Stralau-Rummelsburg: Blume, Alt-Boxhagen 56, abends 8 Uhr.
Weißensee: Restaurant Masche, Berliner Allee 251, abends 7 Uhr.
Südenbezirke: Märkischer Hof, Admiralstr. 18c, abends 7 Uhr.
Neukölln: Wird noch bekanntgegeben.
Tegel-Reinickendorf-West: Glamann, Reinickendorf-West, Schillingstr. 84, abends 6½ Uhr.
Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannisthal und Umgegend: Oberschöneweider Vereinshaus, Oberschöneweide, Rathausstr. 10, abends 8 Uhr.
Spandau: Germania-Säle, Spandau, Bahnhofstraße, nachmittags 3 Uhr.
Cöpenick-Friedrichshagen: Lindengarten, Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen: Stellungnahme zu der am 5. Januar 1919 stattfindenden Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel. Amt Moritzplatz 10 623, 3578. • Bureau: Rungestr. 30
Sonntag, den 29. Dezember, nachmittags 3 Uhr, bei Greife, Rungestraße 30
Allgemeine Jalousiearbeiter-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Koll. Rosemann über Partei und Gewerkschaft während des Krieges. Die Revolution und unsere Nutzanwendung. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Alle in der Jalousiebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Erwünscht ist, daß die Kollegen auch ihre Frauen mitbringen.
Der Obmann.

Heute, Sonnabend, den 28. Dezember, abends 6½ Uhr, im Verbandshaus, Rungestraße 30 (Arbeitsnachweis)
Branchenversammlung der Perlmutt- und Knopfarbeiter
Tagesordnung: 1. Besprechung über bevorstehende Verhandlungen mit den Unternehmern zur Festsetzung der Löhne und der Arbeitsbedingungen. 2. Branchenangelegenheiten.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hat jeder Kollege die Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter! Matrosen! Soldaten! Parteigenossen!
Sonnabend, den 28. Dezember 1918 abends 7½ Uhr im Stadtpark, Wilmersdorf, Kaiserallee 51/52,
Öffentliche Volksversammlung
Nationalversammlung oder Räteregierung?
Referent: **Franz Pfemfert.**
Freie Aussprache!
Proletarier, erscheint in Massen!
Der Einberufer:
A. S. P. Gruppe Deutschland
I. A. Schohaus.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein U. S. P. D.
— Niederbarnim. —
Unsere Kreis-Generalversammlung findet nicht am Sonnabend, den 28. 12. 1918, sondern erst am
Sonnabend, den 4. Januar 1919, abends 6 Uhr im Kaffee Bellevue, Lichtenberg, Hauptstrasse 2
statt. — Vorher, nachmittags 3 Uhr, im gleichen Lokale
Frauenkonferenz.
Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Oesterreichische Bluturteile.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht seit einiger Zeit Dokumente über die Tätigkeit der österreichischen Feldgerichte während des Krieges. Die Urteile, die von diesen militaristischen Institutionen gefällt worden sind, sprechen jeder Menschlichkeit Hohn. Man fühlt sich beim Lesen dieser Schriftstücke in das rauhe Mittelalter zurückversetzt und ist mit immerer Genugtuung erfüllt, daß diesem System barbarischer Grausamkeit durch das revolutionäre Volk endlich ein Ende gemacht worden ist.

Einen dieser Männer, der sein Handwerk mit besonderem Zynismus übte, der die ihm unterstellten Gerichte immer wieder beeinflußte, nur die härtesten Strafen zu verhängen, der die Worte Milde, Gerechtigkeit oder Menschlichkeit aus den Gerichtssälen ein für allemal verbannt wissen wollte und die militärischen Richter dauernd beeinflußte, möglichst oft die Todesstrafe auszusprechen —, einen dieser verbrecherischen Männer, dem nur ein Teufel das Geschick, über Leben oder Tod von Tausenden zu entscheiden, in die Hände gelegt haben konnte, nagelt jetzt die „Arbeiterzeitung“ besonders fest.

Es ist dies der Korpskommandant von Graz, Feldmarschalleutnant Mattonovich. Dem Manne genügte die Fülle der Bluturteile nicht, die unter seiner Regie gefällt worden sind. Er wollte unter allen Umständen Blut sehen. Deshalb schrieb er wiederholt unter Akten, die nichts weiter als irgend eine unkontrollierbare Anzeige enthielten, und ohne daß vorher eine Spur des Beweises für diese Behauptungen erbracht worden wäre, mit eigener Hand den Befehl: **Aufhängen!**, oder wenn es sich um mehrere handelte: **Alle aufhängen!** Den ihm unterstellten Richtern waren also von vornherein die Hände gebunden. Ihr richterliches Amt wurde zur Farce. Sie hatten den Befehl ihres Vorgesetzten zu erfüllen und ohne Rücksicht auf Schuld oder Unschuld die Todesstrafe zu fällen. So kam es, daß unter der Befehlsgewalt des Feldmarschalleutnants Mattonovich russische Kriegsgefangene, unbescholtene Familienväter, ja selbst Knaben von den Schergen des Mattonovich zum Tode verurteilt und erschossen worden sind, nur weil sie bei der Arbeit erklärten, daß sie vor Hunger entkräftet seien und nichts mehr leisten könnten, wenn sie nicht mehr zu essen erhielten.

Ein paar Beispiele für das brutale Gebaren dieses Henkers mit dem Titel Exzellenz. Majestätsbeleidigungen wurden in Oesterreich allgemein mit dem Tode bestraft. In Triest, das zu dem Befehlsbereich des Herrn gehörte, waren jedoch drei Angeklagte freigesprochen worden. Die Anklage stützte sich auf Behauptungen von Denunzianten, die aus Feindseligkeit und Verlogenheit gegen die Angeklagten gehandelt hatten. Dieser Freispruch ärgerte den Mattonovich derart, daß er den Leiter des Gerichtes zu sich befahl und ihm die schwersten Vorwürfe wegen seiner Milde machte. Zur Warnung für alle diejenigen, die nicht gleich hängen wollten, wurde folgender Befehl erlassen:

Gericht des Militärkommandos Graz, Landwehrgruppe, Ref. Nr. 126, 1916:

Bei Zuweisungen der einzelnen Verhandlungen dürfte ich besonders in den angeführten (politischen) Deliktsfällen **nur solche Auditore** als Verhandlungsleiter bestimmen, **von deren Energie und Festigkeit** ich erwarten konnte, **daß sie den oft von menschlichem Bedauern, Milde und Nächstenliebe geleiteten Kriegsrechtsmitgliedern nicht nachgeben und auch den Mut haben, bei drohenden ungerechtfertigten Freisprüchen in den Beratungen auf die schwere Not der Zeit und das gefährdete Ansehen der Militärgewalt hinzuweisen.** Zur Durchführung der Hauptverhandlung in Triest wurde mit Rücksicht auf den Gegenstand der Anklage gerade Oberleutnant-Auditor Dr. Hendl von mir angeordnet, weil ich von ihm die obenerwähnten Eigenschaften erwarten konnte.

Anläßlich seiner Anmeldung habe ich noch die drei Streitfälle vom juristischen und militärischen Gesichtspunkte aus mit ihm besprochen und hierbei pflichtgemäß und unverhohlen meine Ueberzeugung ausgedrückt, daß die drei Anklagen vollkommen gerechtfertigt sind.

Hauptmann Dr. Alfred Boschek.

Dieser Dr. Alfred Boschek war in seiner Zivilstellung Oberlandesgerichtsrat in Cilli und der Dr. Hendl ist Oberlandesgerichtsrat in Graz und Privatdozent an der dortigen Universität. In welchem Sinne dieser Mann die Jugend beeinflussen wird, kann man sich nach dem Zeugnis, das ihm über seine Tätigkeit als Richter ausgestellt worden ist, ein lebhaftes Bild machen. Ein anderes Beispiel: Im Jahre 1916 inspizierte der Generalmajor Aziba die Militärgerichte. Im Anschluß daran schrieb er einen Bericht nieder, aus dem wir nur folgende Infamien wiedergeben wollen:

. . . Die den Militärdienst versehenden Advokaten kennen ihre zivilen Gewohnheiten, wie Verschleppung der Prozesse, Sucht, den Angeklagten schon im Ermittlungsverfahren reinzuwaschen, speziell Vorerhebung alles Entlastenden, nicht leicht ablegen und **steifen sich auf den Wortlaut des Gesetzes.** Als Verteidiger suchen sie, insbesondere in Standrechtsfällen, durch Aufwerfen von Kompetenzfragen, Vorladung belangloser Zeugen, kurz, durch die üblichen Kniffe das Verfahren, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch hinauszuschieben. Sie vergessen, daß es sich beim Militärgericht darum handelt, das Recht zu suchen, aber nicht einen Schuldigen der gerechten und bei Militärverbrechen so **notwendigen Strafe** zu entziehen.

Generalmajor Aziba.

Es muß festgestellt werden, daß all die Schreckensurteile der österreichischen Militärjustiz und die systematische Beeinflussung der Richter, unter keinen Umständen Milde walten zu lassen und gegen den leisesten Verdacht mit aller Schärfe vorzugehen, unter Billigung und wiederholter direkter Beeinflussung des Erzherzogs Friedrich vor sich gegangen sind. Wir haben es also nicht mit einigen Männern zu tun, deren Geist und Gemüt verroht sind, sondern mit einem wohldurchdachten, von oben herunter ausgeklügelten System.

Es gab aber immer noch Verteidiger, denen das Gesetz nicht bloß ein toter Buchstabe war, die bei einem Ermittlungsverfahren auch die Entlastungsmomente hervorheben wollten, um den Angeklagten die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die ihnen selbst nach dem Wortlaut der brutalen Militärgesetze zugestanden war. Dieser unbequemen Verteidiger entledigte sich Exzellenz Mattonovich — der trottelhafte Blutkund, wie ihn die „Arbeiterzeitung“ nennt — auf folgende Weise:

Seine Exzellenz der zuständige Kommandant (Mattonovich) hat sich darüber aufgehalten, daß in Fällen, so auch in Standrechtsfällen, wenn die Schuld klar zutage liegt, **vom Verteidiger auf Freispruch plädiert wird.** Seine Exzellenz hat mich beauftragt, die Offiziere für den Justizdienst aufmerksam zu machen, daß der Verteidiger unter solchen Umständen weit über das Ziel schießt, und daß es aus militärischen Rücksichten nicht angeht, **sich in solcher Weise des Beschuldigten anzunehmen.** Dies wolle den Herren Referenten, welche als Verteidiger fungieren, in geeigneter Form eröffnet werden. Ergeht an beide Gruppen.

Pilgeri, Oberst-Auditor.

Um die Blutmaschine auf alle Fälle richtig arbeiten zu lassen und um zu verhindern, daß ein Richter trotz aller Befehle sich doch noch von menschlichen Anwandlungen beeinflussen lassen könnte, wurden den Kriegsgerichtsratsmitgliedern vor jeder Sitzung die diesbezüglichen Befehle der höheren Vorgesetzten verlesen. Man bedrohte sie im Beratungszimmer mit allen möglichen Nachteilen, wies auf die Geheimerlässe des Oberkommandos bezüglich der nicht erwünschten Freisprüche hin, in denen in aller Form die Degradierung und die Verschickung ins Feld angedroht wurde, wenn Angeschuldigte nicht ohne weiteres dem Henker ausgeliefert würden. Unschuldige Menschen hinzurichten war gerade Offizierspflicht geworden. Zuguterletzt sollten noch die Verteidiger abgeschafft werden, damit die Schandjustiz ungehindert arbeiten konnte.

Wahrlich ein System, das sich derartiger Gewaltmittel bediente, um seine ins Wanken geratene Herrschaft aufrechterhalten, war überreif, und seine Träger mußten endlich zum Teufel geschickt werden. Dieses System sehnen aber anscheinend jene Herrschaften wieder herbei, die jetzt so viel über die „Anarchie“ unter der Revolutionsregierung zetern. Was würden sie wohl sagen, wenn irgendeine revolutionäre Instanz mit der gleichen Brutalität gegen die Feinde der Revolution vorginge, wie die militärischen Machthaber gegen Unschuldige während des Krieges vorgegangen sind?

Die Gefahr der Revolutionslügen.

Wir haben schon wiederholt berichtet, daß den Frontruppen auf der Heimreise von den Offizieren ein ganz falsches Bild von den tatsächlichen Zuständen in der Heimat gegeben worden ist. Die Absicht war, die Mannschaften zu verhetzen, um sie in der Heimat zu konterrevolutionären Zwecken zu mißbrauchen. Die Machenschaften haben es denn zuweilen auch vermocht, daß beim Einzuge solcher irregeführten Truppenteile herausfordernde Aktionen gegen die Errungenschaften der Revolution unternommen worden sind. Wie man bei der Verhetzung der Mannschaften zu Werke ging, dafür wieder ein neues Beispiel.

Den Mannschaften des 1. Marine-Infanterie-Regiments wurde nach Abschluß des Waffenstillstandes der Befehl gegeben, einen Soldatenrat zu bilden. Die gewählten Kameraden sollten sich aber nicht Soldatenrat, sondern Wirtschaftskommission nennen. Diesen Kommissionen wurde die Aufgabe zugewiesen, die Offiziere bei ihren Anordnungen zu unterstützen und außerdem für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Eine eigentliche Wahl wurde aber gar nicht zugelassen. Die Mitglieder wurden einfach von oben herunter bestimmt. Sobald die Gewählten daran gingen, eine Kontrolle in Verpflegungsfragen auszuüben, wurde ihnen dies sofort verboten. Ein Kompagnieführer verlangte sogar, daß die Vertrauensleute im Ordonnanzgang zu erscheinen hätten, wenn sie ihm eine Bitte vortragen wollten. Als einmal der Versuch gemacht wurde, einen Wagen der Offiziere nach versteckten Lebensmitteln und Beutegütern zu revidieren, wurde den Vertrauensleuten ein strenger Verweis zuteil. Ohne alle Rechte, verloren die Kameraden bald das Interesse an der Sache. Hinzu kam noch, daß das Regiment auf seiner Heimfahrt bewußt von allen größeren Orten ferngehalten wurde. Dafür schimpften die Offiziere tüchtig auf die A.- und S.-Räte in der Heimat.

Die harten Waffenstillstandsbedingungen, der Mangel an Verpflegung und Bekleidung, der bei dem übereilten Rückzug nur zu erklärlich war, wurde den A.- und S.-Räten zur Last gelegt. Besonders graulich wurden die Kameraden vor Kiel und Berlin gemacht. Raub und Plünderungen seien dort an der Tagesordnung, man habe Offiziere ermordet und eine völlige Anarchie eingeführt. Die Bürger Berlins und Kiels warteten mit Schmerzen auf die Heimkehr der Frontsoldaten, damit endlich wieder Ruhe und Ordnung geschaffen würde. Der militärische Drill wurde in und außer Dienst in der alten Weise weiter geübt. Als ein Vertreter des 1. See-Bataillons das in Westfalen liegende Regiment besuchen wollte, um die Kameraden aufzuklären, wurde er kurzerhand verhaftet und dem Armee-Oberkommando in Marburg zugeführt. Dort erfuhr er aus den langen Verhandlungen, daß man sogar die Telegramme, die von Kiel aus an seine Adresse geschickt waren, abgefangen hatte. Im übrigen wurde ihm eröffnet, daß er das Regiment unter keinen Umständen sprechen dürfe und das Operationsgebiet sofort zu verlassen habe. Seine Ausweise vom obersten Soldatenrat in Kiel, die vorschriftsmäßig unterzeichnet und gestempelt waren, wurden für ungültig erklärt. Als aus den Kreisen der Kameraden heraus der Wunsch laut wurde, ihn sprechen zu hören, wurde den Leuten erklärt, der Abgesandte sei freiwillig abgereist.

In Schleswig-Holstein setzten es endlich einige Kieler Kameraden durch, vor dem Regiment zu sprechen. Den Kameraden gingen die Augen auf über die gemeine Art und Weise, mit der man sie seither im Dunkeln gelassen und belogen hatte. Sie waren den Kameraden für ihre aufklärenden Worte höchst dankbar, und die Erbitterung über das Verhalten der Offiziere und den gemeinen Drill, den sie bis zum letzten Augenblick geübt hatten, war derart, daß sie sofort alle Offiziere absetzten, in Haft nahmen und einen vertrauenswürdigen Kameraden mit der Führung des Regiments bis zur vollständigen Demobilisation einsetzten.

Die Herren Offiziere haben also in diesem Falle ihren Zweck nicht erreicht. Was geschieht aber mit den Regimentern, von denen bis heute noch jede Aufklärung geflissentlich ferngehalten wird, die nicht nur noch angefüllt sind von den Lügen und dem Betrug, der vier Jahre lang das deutsche Volk umnebelte und verdummte, sondern denen zu allem Schwindel hinzu jetzt auch noch bei jeder Gelegenheit Lügen über die Revolution vorgesetzt werden? Solche Regimenter liegen noch dicht bei Berlin, und die Vorgänge am Marstall haben uns gezeigt, zu welchen Gefahren für die Revolution sich ein derartiger Zustand auswachsen kann. Aufklärung der Truppen und schnellste Demobilisierung sowie Ueberwachung der Tätigkeit der Offiziere sind unbedingt erforderlich, sollen die Errungenschaften der Revolution nicht dauernd gefährdet werden.

Wie Truppen aufgeklärt werden.

Ein aus der Ukraine zurückgekehrter Feldwebel sagt uns mit: „Auch in der Ukraine wird den Truppen über die Ursachen der Revolution und ihren bisherigen Verlauf ein ganz falsches Bild gegeben. Die „Aufklärung“ wird dort in der Hauptsache von Zivilisten besorgt, die von den Offizieren dazu beauftragt worden sind. Damit will man den Anschein erwecken als ob die Offiziere mit der Beeinflussung nichts zu tun hätten.

Wir hörten mit heiliger Empörung, daß die Revolution ein Produkt der Deserteure und Zuchthäusler sei, mit denen Soldaten von der Front, wenn sie noch ein wenig Ehrgefühl besitzen, nichts gemein haben könnten. Schaurige Geschichten wurden uns erzählt von Mordtaten und Plünderungen, die von dem lichtscheuen Gesindel begangen sein sollten. Als Stern dieser Revolutionäre wurden die Matrosen bezeichnet, die während des ganzen Krieges auf der Bärenhaut gelegen hätten und jetzt Deutschland beherrschen wollten. Diese Gewaltherrschaft würde nur dazu benützt, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. 1800 Millionen sollten schon verschleudert worden sein.

Und nicht genug damit: die heimkehrenden Truppen würden von unreifen Buben und anderen Subjekten in der gemeinsten Weise behandelt. Falls sie etwas bei sich hätten, würde es ihnen genommen. Deutschland sei durch die Revolution in ein Tollhaus verwandelt worden. Liebknecht, ein total verrückter Mensch, der schon wegen Landesverrats im Zuchthaus gesessen hätte, habe in Berlin eine Gewaltherrschaft aufgerichtet. Alle, die noch Sinn für Ordnung hätten, würden verfolgt. Speziell Berlin sollte ein wahres Paradies für allerlei lichtscheues Gesindel sein.

Wir sollten daher in geschlossener Formation nach Deutschland abfahren, und falls wir auf der Heimfahrt Berlin berühren sollten, müßten wir nach dem, was wir nun gehört, wissen, wie wir uns zu verhalten hätten. Jedenfalls dürften wir die Gewehre nicht aus der Hand geben, weder in Feindesland noch weniger in Deutschland, da dieselben dort noch nötiger wären als in Rußland, um sich das Gesindel von Halse zu halten.

Da wir keine Zeitungen erhielten, waren wir auf die Offiziere angewiesen, wenn wir etwas über die Zustände in Deutschland erfahren wollten. Und dieser Zustand der Unkenntnis dauerte an, bis wir deutsches Gebiet betraten und mit den der Revolution ergebenen Soldaten und Zivilisten in Berührung kamen. Diese Revolutionäre waren alles andere als Gesindel, es waren meistens Leute, die Kameradschaftlichkeit und Höflichkeit noch nicht verlernt hatten. Wir staunten, daß auf den Straßen weder Blut noch Leichen zu sehen waren, auch von der furchtbaren Unordnung konnten wir nichts erblicken, der Verkehr wickelte sich in aller Ruhe ab.

So kamen wir nach Berlin, um gegen das Gesindel und die Matrosen Verwendung zu finden, als Retter der „Ordnung“ und des „Rechts“. Aber etwas, daß gar nicht besteht, kann man nicht angreifen. Wir erkannten vielmehr, daß wir unsere Retter schmähen sollten, die uns solange in Sklaverei gehalten hatten. Wir wußten sofort, wer unsere Feinde waren.

Ich bin der Ueberzeugung, daß ein Mann, der Aufklärung unter den Truppen verbreitet, gegen Soldaten und Zivilisten das Leben rettet, weil dann kein Soldat zu finden sein wird, der gegen die revolutionären Kameraden die Waffe gebrauchen würde.“

Nochmals die Weihnachtsgabe an die Kriegsbeschädigten.

Die Mitteilung über die von der Regierung beabsichtigte Besserung der Lage der versorgungsberechtigten Militärpersonen der Unterklassen ist am 1. Weihnachtsfeiertag in mißverständlicher Form in die Presse gebracht worden.

Demgegenüber wird amtlich festgestellt:

I. Für den Monat Januar wird allen auf Grund der Militärversorgungsgesetze zum Empfange von Versorgungsgebührnissen berechtigten Militärpersonen der Unterklassen (also nicht nur den Kriegsbeschädigten) eine einmalige Teuerungszulage gewährt. Die Höhe der Zulage entspricht dem Betrage, der zur Zeit für den Monat Januar 1919 an laufenden Versorgungsgebührnissen, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen zahlbar ist. Die Auszahlung wird gleichzeitig mit der Auszahlung der für Januar 1919 fälligen Versorgungsgebührnisse usw. erfolgen.

II. Allen in Ziffer I bezeichneten Personen (also nicht nur dem bisher für die Gewährung von Rentenzuschlägen in Betracht kommenden Personenkreis) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab folgende Rentenzuschläge gewährt:

bei einer Erwerbsunfähigkeit von 10 Prozent bis ausschließlich 33⅓ Prozent ein Rentenzuschlag von 50 Prozent	der Teilrente eines Gemeinen
bei einer Erwerbsunfähigkeit von 33⅓ Prozent bis ausschließlich 50 Prozent ein Rentenzuschlag von 75 Prozent	der Teilrente eines Gemeinen
bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 Prozent bis ausschließlich 100 Prozent ein Rentenzuschlag von 100 Prozent	der Teilrente eines Gemeinen
bei einer Erwerbsunfähigkeit von 100 Prozent ein Rentenzuschlag von 100 Prozent	der Vollrente eines Gemeinen.

III. Die bisherigen Bestimmungen über die Gewährung von Verstümmelungszulagen sollen ebenfalls für die in Ziffer I bezeichneten Personen und ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1919 ab dahin erweitert werden, daß auch in solchen Fällen Zuwendungen gewährt werden können:

1. in Höhe der einfachen Verstümmelungszulage
   a) bei schweren Entstellungen des Gesichts,
   b) bei Verlust der Zeugungsorgane,
   c) bei Verlust oder Erblindung eines Auges (ohne Rücksicht auf den Zustand des anderen Auges);
2. in Höhe der dreifachen (bisher zweifachen) Verstümmelungszulage
   bei Verlust oder Erblindung beider Augen;
3. bis zur Höhe der dreifachen (bisher zweifachen) Verstümmelungszulage
   bei schwerem Siechtum oder bei Geisteskrankheit.

Lediglich auf die in Ziffer II und III genannten Verbesse-

Sonntag früh 9 Uhr: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin.

ungen sollte sich der Hinweis in der Veröffentlichung des W.T.B. weichen, daß die Auszahlung dieser Beträge aus technischen Gründen bei der großen Zahl der Versorgungsberechtigten sich verzögern würde.

IV. Ebenfalls ist die Einführung eines neuen Rechtsmittelverfahrens, bei dem die Versorgungsberechtigten Sitz und Stimme haben und öffentlich verhandelt wird, beschlossen.

V. Auch für die Hinterbliebenen hatte das Kriegsministerium einen ähnlichen Teuerungszuschlag wie unter Ziffer I angeregt. Hierüber ist ein Beschluß noch nicht gefaßt. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir den Grund dafür in den aufregenden Vorgängen vom 23. bis 24. d. M. sehen, durch die die Regierung völlig in Anspruch genommen war. Wir nehmen an, daß auch für die Hinterbliebenen eine Regelung baldigst erfolgt.

VI. Ausführliche Bestimmungen werden in kürzester Frist auf dem Verordnungswege bekanntgegeben werden.

Berlin, den 26. Dezember 1918.

Das Kriegsministerium.
J. V.
Graf von Schmettow. Göhre.

Groß-Berlin.

Bestattung der Opfer des 24. Dezember.

Die Beerdigung der am 24. Dezember in den Kämpfen um Schloß und Marstall gefallenen Kameraden der Volks-Marine-Division findet Sonntag, den 29. Dezember, mittags 1 Uhr, vom Schloß aus statt.

Die Ehrenkompagnie wird gestellt durch die Franzer in Gemeinschaft mit den Arbeitern.

Die Deputationen aller Groß-Berliner Regimenter und Arbeiter nehmen Aufstellung im Lustgarten. Dortselbst spricht Genosse Toft vom Zentralrat der Marine und Ledebour von seiten der Arbeiter.

Die Bestattung der Opfer findet im Friedrichshain statt.

Der Trauerzug geht durch die Linden, Wilhelmstraße, Leipziger Straße, Spittelmarkt, Alexanderplatz, Landsberger Straße, Friedrichshain.

Im Auftrage der Volks-Marine-Division gez. Dorenbach.

Aufruf.

Am Sonntag, den 29. Dezember, mittags 1 Uhr, werden die Opfer der schuldbeladenen Regierung Ebert-Scheidemann zu Grabe getragen.

Ehrenpflicht eines jeden Proletariers ist die Teilnahme an den Beisetzungsfeierlichkeiten. Die Aufstellung des Zuges geschieht in der Sieges-Allee bei den von den Betrieben aufgestellten Tafeln. Den Anordnungen der Ordner, die durch rote Armbinden kenntlich gemacht sind, ist unbedingt Folge zu leisten.

Der Zug nimmt den Weg von der Sieges-Allee, Unter den Linden, Wilhelmstraße, Leipziger Straße, Spittelmarkt, Alexanderplatz, Landsberger Straße, Friedrichshain.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe von Groß-Berlin.
Paul Scholze, A. Nowakowski, Weyer.

Achtung!

Alle die Ordner, welche bei der letzten Beerdigung tätig waren, werden ersucht, wegen der Beisetzung der Opfer vom 24. Dezember zu einer Sitzung nach dem Plenarsitzungssaal des Abgeordnetenhauses Sonnabend, nachmittag 4 Uhr, zu erscheinen.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Großbetriebe von Groß-Berlin.
J. A.: P. Scholze. A. Nowakowski. Weyer.

Die Maschinengewehre im Café Vaterland.

Wie andere Berliner Blätter, brachten auch wir die Mitteilung über die Auffindung von Maschinengewehren im Café Vaterland. Dazu erfahren die „Pol. Parl.-Nachrichten" von dem Kommandanten Otto Wels, daß er bereits am ersten Tage des Truppeneinzugs in Berlin dem Polizeipräsidium Mitteilung davon gemacht hat, daß sich im Hause des Café Vaterland die Maschinengewehre befänden. Die Abteilung Heereseigentum der Kommandantur habe durch Beauftragte der Kommandantur versucht, diese Maschinengewehre zurückzuholen, aber die dort anwesende Wache des Polizeipräsidiums habe erklärt, daß sie vom Polizeipräsidium den Auftrag habe, diese Maschinengewehre nicht herauszugeben. Die Kommandantur treffe keine Verantwortung, wenn sich nach gestern die Maschinengewehre dort befanden.

Diese Erklärung erscheint uns recht dürftig. Wenn es dem Kommandanten ernst war mit der Bergung der Maschinengewehre, so hat er Zeit genug gehabt, sich mit dem Polizeipräsidium in Verbindung zu setzen und es zu veranlassen, den Wachmannschaften beim Café Vaterland eine entsprechende Anordnung zu erteilen.

Vollversammlung der Soldatenrats-Delegierten Groß-Berlins.

Das Bureau der Soldatenräte Groß-Berlins beruft eine Vollversammlung der Delegierten für Montag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im großen Sitzungssaal des Reichstages ein. Auf der Tagesordnung, die noch bekanntgegeben wird, steht zunächst der Bericht der Verhandlungskommission, anschließend Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat bzw. Vollzugsrat Groß-Berlin.

Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates Neukölln.

Laut Beschluß des A.- und S.-Rates werden größere Mengen beschlagnahmter Lebensmittel, die für die Verteilung unter der Bevölkerung nicht ausreichen würden, an die Neuköllner Kranken- und Siechenhäuser abgegeben. So ist es auch vor kurzem mit einer größeren Menge beschlagnahmten Fleisches gehandhabt worden. Der hieraus entstandene Erlös soll nun abermals, und zwar an die Waisen unserer gefallenen Krieger, verteilt werden. Wir bitten deshalb die Mütter oder Angehörigen der Waisen Neuköllns, sich bis spätestens zum 31. Dezember in den vom A.- und S.-Rat im Rathaus Zimmer 460 ausgelegten Listen eintragen zu lassen. Die Verteilung erfolgt durch eine aus Frauen gebildete Kommission. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates Neukölln.

Wieder ein Direktor im Medizinalamt. Der Magistrat Berlin beschloß in seiner gestrigen Sitzung, den Direktorposten im Medizinalamt der Stadt Berlin für den neuen Haushalt wieder herzustellen.

Einbrüche über Einbrüche. Die Einbrüche in Groß-Berlin häufen sich wieder, nachdem sie eine Zeitlang etwas nachgelassen hatten. Aus den letzten seien nur einige herausgehoben. Auf dem Grundstück Potsdamer Straße 130 verschafften sich Einbrecher durch das Pianogeschäft von Spaeth Eindurch Zutritt zu dem Uhrengeschäft von Ellinghausen, indem sie eine 20 Zentimeter starke Steinwand durchstießen. Sie erbeuteten für 65 000 Mark goldene Herren- und Damenuhren, Ketten usw. Auf die Wiederbeschaffung hat der Bestohlene 10 000 Mark Belohnung ausgesetzt. — Bei der Firma Max Brosch u. Co. in der Köpenicker Straße 71 stahlen Einbrecher für 40 000 Mark Herrenkleiderstoffe, beim Rheinisch-Pfälzischen Weinvertrieb in der Zimmerstraße 78 für 20 000 Mark Wein verschiedener Art. — Deckeneinbrecher stiegen bei dem Kaufmann Löwenthal am Grünen Weg 7 für 10 000 Mark Seidenstoffe. Sie verschafften sich zunächst Einlaß in ein leerstehendes Schanklokal und drangen dann von diesem aus durch die Decke in die Geschäftsräume der Fabrik für Kostümstoffe. Die Beute haben sie mit einem Möbelwagen fortgeschafft. — Seidenstoffe und fertige Blusen erbeuteten sie außerdem in der Jerusalemerstraße 30, wo sie in die Geschäftsräume der Firma Simon u. Co. eindrangen und für 50 000 Mark Ware stahlen.

Die Moabiter Genossen werden auf die am Sonntag, den 29. Dezember, in der Schulaula, Turmstraße 75 stattfindende Weihnachtsfeier für Kinder der Parteigenossen aufmerksam gemacht. Anfang 5 Uhr.

Der Arbeiterrat Neukölln ladet hiermit die Küchenkontrolleurinnen sowie ihre Ersatzleute zur Berichterstattung und Beratung zum Montag, den 30. Dezember, abends 7 Uhr, in den großen Sitzungssaal des Rathauses ein.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Klosterkirche, Klosterstraße 78a, Vortrag des Herrn Emil Eichhorn: Christliche Utopisten. Am 1. Januar 1919: Festvortrag des Herrn Dr. Hermann Haße. Gäste willkommen.

Lebensmittelkalender.

Käseverteilung. Bis Donnerstag, den 2. Januar 1919, wird an diejenigen Kunden, die in den Speisefettkundenlisten der in den Bezirken der 52., 59., 61., 62., 66., 65. bis 78., 80., 82., 195., 2.., 210., 214., 235. und 240. Brotkommission gelegenen Geschäfte (Filialen, Verkaufsstellen) eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt in denjenigen Geschäften, die durch ein Aushängeschild: „Verkauf von Käse der Fettstelle Groß-Berlin" gekennzeichnet sind.

Aus den Organisationen.

Achtung! Abteilungs-Bezirksführer! Die Flugblattausgabe zur Verbreitung am Sonntag früh 9 Uhr findet in den Kreisen von den bekannten Ausgabestellen Sonnabend abend nach 7 Uhr statt.

Der geschäftsführende Ausschuß
U. S. P. D.

Tempelhof. Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, findet in der Schulaula Friedrich-Wilhelm-, Ecke Werder-Straße unsere Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Gäste, die in den Wahlverein eintreten wollen, haben Zutritt.

Pankow. Heute, Sonnabend, um 7 Uhr Zusammenkunft aller Genossen und Genossinnen, die sich bei den Wahlen zur Verfügung stellen, im Lokal von Bohmann, Kreuzstr. 14.

Tasdorf — Rüdersdorf — Kalkberge. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung fand am Sonntag im „Weißen unabhängigen Wahlverein, fand am Sonntag im „Weißen Schwan" statt. Der Referent, Genosse Mohler-Berlin, trat insbesondere für entschiedene Beteiligung an den bevorstehenden Nationalwahlen ein. Scharf geißelte er die Kriegspolitik der Scheidemänner und die Politik und Taktik des Ebert's und der Hetze ihrer Führer und Presse. Ein ernster Appell an die Erschienenen, diesen Demagogen nicht zu folgen, für den unabhängigen Gedanken zu wirken, die falschen Freunde in keiner Weise zu unterstützen, fand stürmischen Beifall. Gegner meldete sich nicht zum Wort. Eine Anzahl Aufnahmen für den unabhängigen Verein und neue Leser für die „Freiheit" war der äußere Gewinn der gut verlaufenen Versammlung.

Gewerkschaftliches.

Einkassierer, Einnehmer und Kassenboten aller Betriebe und Branchen. Nachdem der größte Teil unserer Berufskollegen aus dem Felde zurückgekehrt ist, gilt es auch für uns, alle Kollegen und Kolleginnen wieder um das Banner der Organisation zu sammeln und in unserer Branche wieder geordnete Verhältnisse sowie geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Jeder Abzahlungs-, Nähmaschinen-, Automaten- und Versicherungskassierer oder Einnehmer, jeder Kassenbote der Bank- und Engros-Geschäfte sende sofort seine genaue Adresse an den Obmann der Branche, Kollegen Friedrich Buckow, Berlin N. 113, Carmen-Sylva-Str. 29. Die Branchenleitung der Einkassierer und Kassenboten im Deutschen Transport-Arbeiter-Verband.

Aus aller Welt.

Hochwasser. Infolge außerordentlicher Niederschläge und Schneeschmelze führen alle Schwarzwaldflüsse außerordentlich starkes Hochwasser. Vielfach sind die Flüsse über ihre Ufer getreten und haben weite Strecken überschwemmt. Auch der Rhein ist ungewöhnlich hoch angeschwollen und hat die von den Franzosen besetzten Brücken bei Neubreisach und Neuenburg weggerissen.

Großfeuer. In Homburg wütete in der dortigen Eisengießerei von Krempel ein Großfeuer. Die Besatzungstruppen waren der Feuerwehr beim Löschen des Brandes behilflich, der jedoch den ganzen Betrieb einäscherte. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Kostriepke, Berlin-Wilmersdorf. Druck der Lindenbuchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft (Abteilung Buchhandlung)
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21

In unserem Verlage ist erschienen:

Karl Marx, Geschichte seines Lebens
Von FRANZ MEHRING
34 Bogen stark. Preis broschiert 8 Mk., gebunden 10 Mk.
Diese gründliche Lebensgeschichte des großen Denkers, von einem seiner besten Kenner geschrieben, gehört selbstverständlich in jede öffentliche, Vereins- und Hausbücherei.
Bestellungen sind an die obengenannte Buchhandlung zu richten

Günstigste!!! Gelegenheitskauf!
in eleganten
Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern,
wirklich noch sehr billige Preise
Besichtigung lohnt.
30 Möbelhaus Osten 30
nur Andreasstraße

PAUL CASSIRER VERLAG
Sozialistische Schriften zur Revolution
KARL KAUTSKY
Habsburgs Glück und Ende.
Preis 3 Mark.
Das Buch vom Kampf der Nationalitäten und der Revolution in der alten Donaumonarchie.

Möbel auf Kredit
an Jedermann.
Kleinste Anzahlung. Grösste Rücksicht.
Bequemste Abzahlung.
Einzelne Möbelstücke werden bereitwilligst abgegeben.
Liefere auch nach auswärts.
M. Landwehr
Müllerstr. 7, I, Weddingplatz.
Blaue Schilder beachten.
Sonntag 8–10, 12–6 geöffnet.

Kleine Anzeigen

Friedenspiano 1450.—, hochelegantes schwarzes Nußbaumpiano 1950.—, schwer eichenes (Prachtstück) 2800.—, eleganter Konzertflügel 2800.—, schwarzer Stutzflügel 1500.—, Klavier 475.—, verk. Ernst, Oranienstr. 166, III.

Klavierspieler sucht ... Sch...straße 10, ...

Perpetuum mobile ...

Zu Werbearbeit für die Nationalversammlung, Bürohilfskräfte aller Art, sowie Botinnen und Zettelverteilerinnen vermittelt kostenlos Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Rüderstr. 9, Kaufmännische Abteilung. (8–5.) Norden 3795.

Drei zuverlässige Botenfrauen
zum Austragen der „Freiheit"
für den 1. Januar 1919 gesucht.
Verlag der „Freiheit"
Schiffbauerdamm 19 IV.

Zeitungs-Austrägerinnen
verlangt
Preuß-Lichtenberg
Tasdorferstraße 3.

30 Botenfrauen
sucht Fritz Mewe, Gontardstr. 28.
Expedition der „Freiheit".

Botenfrauen
stellt ein Expedition
Winsstraße 62/63, Laden,
ab 5 Uhr.

10 Botenfrauen
sucht Henkel, Usedomstraße 18.

Botenfrauen
zum Austragen der „Freiheit" werden verlangt.
Frau Marie Döring, Steinmetzstraße 23.

Botenfrauen
zum Austragen der Freiheit verlangen
Hackbarth, Michaelkirchplatz 3

Folgende Zeitungsexemplare gegen gute Bezahlung zu kaufen gesucht: Spartakus Nr. 2, 8 usw. Der Stürmer Nr. 1, 2, 3, 4, 6 usw. Mitteilung-Blatt Nr. 7, 11, 14, Jahrg. 16 17. Offerten an Zeitungsexpedition Walter Preuß, Lichtenberg, Tasdorferstr. 3.

Genossen!
werbt Leser
für
Die Freiheit

Strassenhändler
für
„Die Freiheit"
ständig gesucht
Schiffbauerdamm 19.

Anfang Januar erscheint die Broschüre:
v. Beerfelde, Michel wach auf!
Ein Mahnruf an das deutsche Volk.
Volksausgabe **Preis 30 Pf.** 32 Seiten stark
Wiederverkäufer erhalt. hohen Rabatt. Bezugsbeding. durch
Verlag Neues Vaterland, Berlin W 57, Bülowstr. 104.
E. Berger & Co.

Haben Sie schon Ihr
Postabonnement der Freiheit
für Januar 1919 bestellt?
Im eigenen Interesse pünktlicher Zustellung liegt es, die Aufgabe bei der Post möglichst umgehend zu veranlassen.
Der Abonnementspreis beträgt M. 2.— excl. Bestellgeld

Inserate
für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachm. bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 aufgegeben sein.